Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1, 20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Volkswacht

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

behauptete, in
Sch. schützen
Insertionsgebühr die jedenfalls hin-
tene Petitzeile oder der
20 Pfg. Inserate der sozialdemo-
kratischen Partei und der
Gewerkschaften 10 Pfg. Das
exemplar kostet 10 Pfg.
stunden der Redaktion an
Wochentagen 12—1 Uhr mit

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32

Telephon für Redaktion und Expedition 2537

Nr. 9. | Danzig, den 29. Januar 1913. | 4. Jahrgang.

Zuchthausschwärmer.

Als im vorigen Jahre die Konservativen im Reichstage mit ihrem Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter kläglichen Schiffbruch erlitten hatten, glaubten viele Arbeiter, daß nun die Gefahr einer Schmälerung des geltenden Koalitionsrechts auf absehbare Zeit beseitigt sei.

Es ist damals bereits von uns darauf hingewiesen worden, daß man sich darüber keiner Täuschung hingeben solle. Wie recht wir hatten als wir annahmen, die Konservativen würden bei passender Gelegenheit eine neue Attacke gegen das Koalitionsrecht wagen, haben die letzten Debatten im Reichstage zur Genüge dargetan. Mit einer ausgesuchten Dreistigkeit, die den Führern der Junker immer dann eigen ist, wenn es sich um die Verkümmerung der bestehenden Rechte für organisierte Arbeiter handelt, liefen sie auch in diesem Jahre Sturm gegen die praktische Anwendung des Koalitionsrechts. Mit welchem Haß die konservativen Arbeiterfeinde erfüllt sind, beweist die Tatsache, daß sie sich nicht zufrieden gaben, mit der bekannten Erklärung des Staatssekretärs Delbrück, die dahinging, daß die bestehenden Gesetze ausreichten und von einem Verbot des Streikpostenstehens vorläufig wenigstens abzusehen sei. Ihr Wortführer, Graf Westarp, forderte vielmehr im Kommandoton die Regierung auf, **„möglichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Streikpostenstehen verboten wird.** Und sein Parteifreund v. Arnim-Züsedom machte am 14. Januar im Preußischen Landtag die Regierung scharf mit den Worten:

„Gegen das Streikpostenstehen, für den Schutz der Arbeitswilligen und der christlich-nationalen Arbeiter muß Nachdrückliches geschehen. Es muß endlich Positives geschaffen werden, **damit wieder die Zustände herbeigeführt werden, die unter dem Druck des Sozialistengesetzes auf der Sozialdemokratie gelastet haben.“**

Also darauf kommt es diesen Leuten im wesentlichen an. Sie wollen nicht nur das Streikpostenstehen verbieten, und damit den Gewerkschaften die praktische Handhabung des Koalitionsrechts nehmen, sondern ihr Sinnen ist auf weit mehr gerichtet.

Der Geist des Sozialistengesetzes soll wieder zur Geltung kommen und triumphieren. **Die Organisationen sollen wie damals zerstört, die Führer der Gewerkschaften und der Partei des Landes verwiesen, und die Kassen mit Beschlag belegt werden.** Das ist das Ziel, wonach die geschworenen Arbeiterfeinde mit allen Mitteln streben.

Das die Konservativen ungeniert im Landtage für diese Forderung eintreten, nimmt nicht weiter Wunder. Daß sie aber mit derselben Verve im Reichstage in diesem Jahre auftraten, wo doch immerhin ein anderer Wind weht wie in der preußischen Landstube, beweist nur, daß die Herren Morgenluft wittern. Oberwasser haben sie ja auch genug erhalten aus den Reihen der Nationalliberalen und des Zentrums. Insbesondere haben die Letzteren keine Gelegenheit unbenutzt vorübergehen lassen über den angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus große Töne anzuschlagen und dabei viel Krokodilstränen zu vergießen. Ganz besonders haben sich dabei die christlichen, sogenannten Arbeitersekretäre hervorgetan.

Die Sozialdemokratie hat bisher alle diese Versuche, die gegen das Koalitionsrecht unternommen wurden, entschieden zurückgewiesen. Ihrem energischen Eintreten für die Interessen der organisierten Arbeiterschaft ist es auch am Mittwoch den 22. Januar im Reichstage gelungen, die Resolution der Konservativen mit gewaltiger Mehrheit zu Falle zu bringen. **Mit 282 gegen 52 Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen, wurde die konservative Forderung eines Verbots des Streikpostenstehens verworfen. Für das Verbot stimmten auch vier westpreußische Abgeordnete.**

Es sind dies die Abgeordneten **Doerksen - Danzig-Land, Wilk - Stuhm-Marienwerder, Zürn - Rosenberg-Löbau und Baron Knigge - Schlochau-Flatow.**

Herr v. Halem - Schwetz, fehlt diesmal auf der Seite seiner westpreußischen Parteifreunde. Wir wissen natürlich nicht genau, ob er während der Abstimmung im Reichstage anwesend war, weil uns nur die Liste der Befürworter des Zuchthausgesetzes zur Verfügung steht. Hat v. Halem sich aber im Reichstage befunden und hat er im Gegensatz zu seiner Stellungnahme für ein Verbot des Streikpostenstehens im Frühjahr 1912, jetzt dagegen gestimmt, so geschah das wahrscheinlich schon mit Rücksicht auf die in Aussicht stehende Nachwahl im Wahlkreise Schwetz. Möge dem nun sein, wie es wolle; jedenfalls haben alle Arbeiter in den Wahlkreisen, deren Abgeordnete für eine Schmälerung des Koalitionsrechts im Reichstage gestimmt haben, nunmehr die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das gemeingefährliche Verhalten ihrer Abgeordneten überall gut bekannt wird.

Bei der Reichstagswahl 1912 wurde den Arbeitern von diesen Herren alles mögliche versprochen. Wie warm wollten sie im Falle ihrer Wahl für das Wohl der Arbeiter eintreten. **Und, was tun sie jetzt?** Alles andere, nur nicht die Interessen der Arbeiter vertreten.

Herr Doerksen, Danzig-Land, wurde den Wählern als „warmer Vaterlandsfreund“ vorgestellt, „als ein Mann, der den kleinen Mann mit seinem schweren Kampfe um die Existenz zu Hilfe kommt.“

Wir hatten Gelegenheit, die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Herrn Doerksen oft genug zu beleuchten. Wir wiesen ihm nach, daß er für die Einführung chinesischer Kulis nach Deutschland ist, die, wie er behauptete, mit 30 Pfennig Lohn pro Tag und sehr geringer Kost vollkommen zufrieden seien.

Er behauptete selbst im Wahlkampfe, **„die deutschen Arbeiter seien zu anspruchsvoll, sie lebten zu gut.** Das ersehe man daran, daß jetzt viel mehr Semmeln gegessen werden als früher.“

Weiter erklärte sich Doerksen:

gegen die Zusammenlegung der gesamten Gesetze in ein Gesetz;
gegen die obligatorische Krankenversicherung für landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten;
gegen die Errichtung von Versicherungsämtern;
für den gänzlichen Fortfall aller Unfallrenten bis zu 20 Prozent.

Die Arbeiterfeindlichkeit des Herrn Doerksen war also vor der Wahl 1912 bekannt und trotzdem empfahl das Zentrum seine Wahl.

In einem Flugblatt, das von der Zentrumspartei zur Stichwahl für Doerksen herausgegeben wurde, heißt es:

„Herr Doerksen vertritt mit uns die Wirtschaftsordnung des Schutzes der nationalen Arbeit und der Arbeitskraft des Volkes.“

Und an einer anderen Stelle:

„Herr Doerksen hat zugesagt, daß er jede Verminderung der Arbeiterrechte ablehnen will.“

Die Zentrumspartei hat aber außer der Herausgabe dieses Flugblattes noch ein übriges getan. Sie hat am Tage vor der Stichwahl im Landkreise neun Versammlungen abgehalten und die Wahl Doerksen empfohlen, und am Tage der Stichwahl fleißig Schlepperdienste für Doerksen geleistet. Das alles geschah nur, wie man sagte, weil Doerksen angeblich zugesagt haben sollte „jede Verminderung der Arbeiterrechte abzulehnen.“

Wir fragen die Herren von der Zentrumspartei in Westpreußen:

Wem hat Doerksen diese Zusage gemacht?

Heraus mit der Sprache!

Hat Doerksen wirklich die Zusage den Zentrumsleuten gemacht, dann erwarten wir jetzt von ihnen, daß sie ihn öffentlich zur Rechenschaft ziehen.

Geschieht das nicht in nächster Zeit, dann ist damit erwiesen, daß die Zentrumsführer ihre eigenen Leute beschwindelt haben, um sie mit voller Absicht an die Wahlurne zu bringen für einen Mann, dessen Arbeiterfeindlichkeit in weiten Kreisen und auch den Zentrumsführern gut bekannt war, der jetzt durch die neueste Tat im Reichstage sich als eifriger Zuchthausschwärmer gezeigt hat.

Herrn Doerksen aber und den übrigen unverbesserlichen Feinden der organisierten Arbeiter sind wir dankbar dafür, daß sie hiermit erneut das Urteil bestätigen, daß wir längst über sie gefällt haben. Sie sind und bleiben waschechte Reaktionäre, die sich nicht scheuen, Arbeiterrechte mit Füßen zu treten und zu vernichten.

Wie lange noch werden diese Arbeiterfeinde ungestraft ihr schädliches Handwerk ausüben können?

Das wird im wesentlichen abhängen von dem Stand unserer Organisationen, von dem Eifer der organisierten Genossen, von dem Maß der Aufklärung der Massen und dem eisernen Willen, die Reaktionäre vom Schlage eines Doerksen aus dem Wallottempel hinauszuwerfen.

Politische Übersicht.

Wann kommen die neuen Heeresforderungen?

Die Nachrichten über geplante Neuforderungen für Heer und Marine und die ganzen und halben Dementis laufen in den letzten Tagen wirr durcheinander. So brachte außer den halb- und ganzoffiziösen Meldungen, von denen wir schon Notiz nahmen, am Mittwoch der Berliner Lokalanzeiger, der ebenfalls sehr oft halbamtlich benützt wird, einen auffälligen Artikel, der von einer „fast pessimistischen Auffassung“ in den Kreisen des Offizierskorps spricht:

Und die Sorge in unserm Heer kommt daher, daß wir seit Jahren in bezug auf die Vervollkommnung unserer Rüstung im wesentlichen stehen geblieben sind, während unsere Nachbarn rechts und links, in denen man leider teilweise auch unsere Feinde und Neider erblicken muß, rastlos arbeiten, um den Vorsprung einzuholen, den wir jahrzehntelang besessen hatten, und der sich als der sicherste Hort des Friedens erwiesen hat.

Unser Vaterland ist durch das Heer groß geworden, und nur ein unüberwindlich starkes Heer kann es gegen den Verfall und gegen die Vernichtung schützen. Möge jeder Volksvertreter, möge jeder Mann und jede Frau unseres Volkes sich dessen bewußt sein!

Daß das Organ für Halbwelt und Patriotismus nicht in diese Trompete stößt, wenn ihm nicht ein Wink von oben gegeben wird, ist sicher.

Am gleichen Tage brachte die Post einen Artikel, in dem behauptet wird, der Generalinspekteur des Militärverkehrswesens, General v. Lyncker, habe sein Amt niedergelegt, weil er mit seinen Forderungen für die „Ausgestaltung“ des Flugwesens nicht durchgedrungen sei; der Kriegsminister habe sich geweigert, diese Forderungen, die allerdings sehr hohe materielle Mittel erfordert hätten, vor dem Reichstag zu vertreten.

Schließlich brachte — ebenfalls am Mittwoch — die Frankfurter Zeitung eine Meldung aus Berlin, die besagt:

Dem Reichstage wird außer den erwähnten Forderungen für Zwecke der Luftschiffahrt eine Militärvorlage zugehen, und zwar noch in dieser Session. Sie wird u. a. die militärische Ausbildung derjenigen Militärtauglichen fordern, die jetzt als überzählig zurückgestellt werden. Es soll dadurch der Gedanke ausgeführt werden, daß man im Falle eines Krieges möglichst viel von der jungen Mannschaft ins Feld schickt und dementsprechend von älteren Jahrgängen absehen kann. Ob das auf die militärische Ausbildung der Ersatzreservisten in der Form hinausläuft, wie sie schon einmal bestanden hat, bleibt abzuwarten. Ob die Kosten durch die dem Reichstage vorgeschlagene Besitzsteuer gedeckt werden können, wird sich erst beurteilen lassen, wenn man die Höhe der Kosten kennt. Da aber bisher die Erträgnisse der Besitzsteuer nur ungefähr mit 50 Millionen in Aussicht genommen waren, so glaubt man, daß es mit diesen allein nicht getan sein wird.

Wie man sieht, wird jedenfalls überaus eifrig der Boden vorbereitet für eine neue sehr große Militärforderung. Es ist auch sicher anzunehmen, daß sie kommt, nur über den Zeitpunkt kann man noch im Zweifel sein: es kann sein, daß die Vorlage schon jetzt kommt oder auch erst im Herbst. Auch ist es noch nicht sicher, ob die Forderung auf einen Hieb erfolgt oder stückweise.

Nun weiß man, daß die Reichsfinanzen in einer schier trostlosen Verfassung sind. Herr Wermuth hat Recht behalten, indem er darauf hinwies, daß bei dieser Wirtschaft das Reich trotz des Raubzuges auf die Taschen des Volkes vom Jahre 1909 wieder unrettbar in die Defizitwirtschaft verfällt. Von dem Grundsatz: keine Neuausgaben ohne Deckung, ist man längst abgekommen, oder vielmehr hat ihn preisgegeben, ohne einen Versuch, ihn zu erfüllen. Und zielbewußt wird in der bürgerlichen Presse darauf hingearbeitet, ihn auch formell zum alten Gerümpel zu werfen. In dieser Beziehung sind zwei im übrigen völlig inhaltlose Artikel charakteristisch, die ein Geheimer Oberfinanzrat Carthaus-Posen im roten Tag veröffentlicht. Der Mann erklärt da unumwunden:

Kann man auch selbstverständlich nicht so weit gehen, die Anwendung des Grundsatzes: „Keine Ausgabe ohne Deckung“ auf militärischem Gebiete bei Ausgaben für die Wehrkraft, deren Erhaltung die Grundlage für eine gedeihliche Gesamtentwicklung bietet“, **gänzlich auszuschließen,** so muß doch ebenso **selbstverständlich die Nichtanwendung als unumgängliche Ausnahme von der Regel da Platz greifen, wo es sich um Ausgaben für das Heerwesen handelt,** deren Verweigerung den Fortbestand des Deutschen Reiches und der deutschen Nation gefährden würde.

Der Prüfung einer etwaigen neuen Heeresvorlage auf ihre Bedeutung für die Wehrhaftmachung und Verteidigung Deutschlands im Kriegsfalle wird sich der Reichstag nicht entziehen können, **möge die Deckung der neuen Ausgaben von der Reichsregierung vorgesehen sein oder teilweise oder gänzlich noch ausstehen.** Die Abweisung einer solchen zur Sicherung des Reiches unentbehrlichen Vorlage mit dem möglichen Erfolge einer Niederlage Deutschlands im Zukunftskriege nur jenem Grundsatze zuliebe, wer wäre imstande, sie als vernunftgemäß zu verteidigen?

Würde der Reichstag aus sachlichen Gründen die noch nicht bekannte erwartete Vorlage ablehnen, so würde ihn der Vorwurf übertriebener Regelsucht deshalb nicht treffen können, nichtsdestoweniger aber sein Beschluß tief zu beklagen sein. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die neue Militärvorlage, wie die vorhergehenden, **das unumgängliche Rüstungsbedürfnis schwerlich erreichen, keinesfalls aber übersteigen wird.**

Obwohl also der Mann noch gar nicht weiß, in welchem Umfange die neueste Konzession an den Rüstungskoller geplant ist, steht es für ihn doch gleichwohl schon unumstößlich fest, daß sie „das unumgängliche Rüstungsbedürfnis schwerlich erreichen, keinesfalls aber übersteigen wird“. Der langen Rede kurzer Sinn ist, entkleidet man sie von dem Phrasenbrimborium, mit dem bisher noch jede Rüstungsvorlage begründet wurde: für Militärforderungen hat der Grundsatz: Keine Ausgaben ohne Deckung, außer Anwendung zu bleiben. Das aber bedeutet, da die Rüstungsausgaben den weitaus größten Teil der Reichseinnahmen verschlingen, die Fortsetzung der Schuldenwirtschaft ins Uferlose. Und daneben kann sich das deutsche Volk schon heute wieder auf eine „Finanzreform“ gefaßt machen, bei der das arbeitende Volk mit neuen indirekten Steuern beglückt werden wird.

Deutschland.

Allerhöchste Unzufriedenheit.

Die Junker sind mit Herrn Delbrück, dem derzeitigen Minister gegen Sozialpolitik, im höchsten Maße unzufrieden. Seine Ablehnung des konservativen Streikpostenantrags trug ihm wütende Angriffe der Junkerpresse ein und jetzt hat er es neuerdings mit Oertel und Genossen verschüttet durch seine Erklärung in der Budgetkommission zur Frage des Reichswohnungsgesetzes. In der Mittwochssitzung der Kommission kam der Graf Westarp auf diese Erklärung zurück und erteilte Herrn Delbrück den verdienten Rüffel. Er stimme, so erklärte Graf Westarp, dem Staatssekretär darin nicht zu, daß das Reich eingreifen müsse, falls die Bundesstaaten ihre Pflicht nicht erfüllen. Entweder seien die Bundesstaaten allein zuständig, dann könne das Reich unter keinen Umständen eingreifen, oder das Reich sei kompetent und habe seine Pflicht zu tun. In dieselbe Kerbe haut auch die Kreuzzeitung, nur daß sie den Hieb noch wesentlich kräftiger führt. Sie gibt dem Staatssekretär mutschnaubend zu verstehen, daß er sich quasi zum Werkzeug der — Sozialdemokratie gemacht und an den Interessen seiner Auftraggeber, der Junker, unverzeihlich gesündigt habe:

Man wird zugeben müssen, daß nicht nur dieses neue Entgegenkommen des Staatssekretärs gegen die roten Hundertzehn, sondern die sehr eigenartige Drohung, speziell gegen Preußen, ungemein befremdlich ist. Daß Dr. Delbrück damit etwa den rosaroten Ansturm auf die preußische Monarchie hätte unterstützen wollen, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Aber **eine starke Animosität gegen die preußische Regierung, insbesondere gegen den Minister v. Dallwitz,** wird wenigstens von der rosaroten Presse aus der Drohung des Staatssekretärs herausgelesen. Und der üble Eindruck, den das macht, wird schwerlich beseitigt werden können. Wir bedauern deshalb die zweite Erklärung des Herrn Dr. Delbrück und meinen, es hätte bei seiner ersten Erklärung sein Bewenden haben müssen.

So — damit hätte Herr Delbrück seinen Fußtritt weg! Was aber wird das Junkerorgan erst sagen, wenn es erfährt, daß der unbequeme Staatssekretär seine Erklärung am Donnerstag in der Budgetkommission sogar noch einmal wiederholte und sie mit der Drohung extra unterstrich, ein etwaiges Versagen des Reichs in der Wohnungsgesetzgebung müsse ein anderer Staatssekretär vor dem Reichstage verantworten?

Wie's gemacht wird!

Der Sekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes, Peter Bäcker, in Metz, richtete an ein zum Deutschen Metallarbeiterverband übergetretenes Mitglied folgendes Schreiben:

„Werter Kollege! Wie ich zu meinem Erstaunen erfahre, sollst Du zum sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande übergetreten sein. Es ist für mich ein Rätsel, wie ein Kollege, der schon ... Jahre unserem Verbande angehörte so ohne weiteres seinen Rock wechseln kann und zu den Sozialdemokraten geht. Vielleicht hast Du den Schritt ohne Ueberlegung getan? Oder

man hat Dich gedrückt seitens der sozialdemokratischen Kollegen und Dich zum Uebertritt bewogen? Schreibe mir bitte, was denn eigentlich die Ursache war, daß Du zu den Sozialdemokraten gegangen bist. Mit freundlichem Gruß P. Bäcker."

So wirds gemacht. Erstens, um Mitglieder zu erhalten und zweitens, um den Scharfmachern zu dienen. Denn der wichtigere Zweck des Briefes war ja wohl, um einen neuen „Terrorismusfall" gegen die Freien Gewerkschaften zu konstruieren.

Die „verjudete". und „verbrecherisch" veranlagte deutsche Diplomatie.

Bassermann hat kürzlich in Zittau eine Rede gehalten, in der er auch eine Reorganisation des diplomatischen Dienstes forderte. Die diplomatische Karriere müsse weiteren Kreisen geöffnet werden. Der katholische Koblenzer Volksfreund stimmt in seiner Nummer vom 18. Januar Bassermann zu und führt u. a. noch aus:

„In der Tat. daran, daß zu enge Kreise in Frage kommen, krankt unsere ganze Diplomatie. Es kommen nämlich seit geraumer Zeit nur mehr Leute in Frage, die der internationalen Hochfinanz (das ist gleichbedeutend mit Judentum) genehm sind. Seit Karl Paasch — der Beamte, dem das Reich sein Recht versagte — sein Buch: „Eine jüdisch-deutsche Gesandtschaft und ihre Helfer" geschrieben hat, haben sich die Verhältnisse nicht gebessert, sondern höchstens verschlechtert. Das Auswärtige Amt ist durchaus von Juden und Judenfreunden beherrscht und das bedingt die verfehlte Auslese. Der ehemalige, aus Judenblut stammende deutsche Gesandte von Brandt in China hat erwiesenermaßen betrügerische Geschäfte seiner Rassegenossen im Reich der Mitte begünstigt. Der Fall Mandl war bezeichnend genug: der österreichische Jude Mandl verkaufte unter Mitwissen Brands der chinesischen Regierung unbrauchbares Pulver und wurde, als die chinesischen Zensoren vor ihm warnten und der Kaiser von China den Gesandten aufmerksam machte, und den chinesischen Behörden jegliche Geschäfte mit Mandl verbot, vom Gesandten Brandt gehalten — der Gesandte verschaffte ihm sogar einen Orden. Der jetzt verstorbene Marschall von Bieberstein, der als unersetzlich von der ganzen freisinnigen Presse verherrlicht wurde, hatte enge Beziehungen zur internationalen Judenschaft und ebenso der Legationsrat von Holstein. Im Salon der Frau von Lebbin, einer Jüdin, wurde um die Jahrhundertwende die große Politik gemacht. Dort wählte man die Leute, knüpfte man die Verbindungen an, unter die das Auswärtige Amt und zuweilen auch der Monarch das Siegel zu drücken hatte. Dort wurde auch entdeckt, daß v. Rosen einer der begabtesten Diplomaten sei, und er wurde allmählich in die Szene gerückt.

Wir wissen wohl, die Leute um Bassermann — der ja selber jüdisch verheiratet ist — gebärden sich, als wäre auch heute noch der deutsche Adel das Herkunftsland unserer Diplomaten. Das ist aber nur Sand in den Augen des Volkes, in Wirklichkeit hat heute im diplomatischen Dienste nur noch Aussichten, wer dem Judentum genehm ist und mit ihm zur Sicherung verwandt oder verschwägert ist. Wenn man vollends die Namen unserer Konsuln im Auslande überblickt, so weiß man Bescheid und man begreift, warum das Deutschtum so ziemlich in allen Ländern der Erde so stark verhaßt ist. Einfach, weil man es mit dem Judentum verwechselt und weil die Juden vielfach offiziell Vertreter der Deutschen sind. Das kann für zahlreiche Fälle urkundlich nachgewiesen werden."

In diesem Tone geht es noch weiter. An den Darlegungen des frommen Blattes werden sich die Interessentenkreise in ihrer Weise erbauen. Wir selbst registrieren die Geschichte nur, weil sie uns zeigt, wieviel Rassenhaß und Fanatismus in katholischen Kreisen sich gegen Andersgläubige breit macht.

Für Zuchthausgriesk.

Die Namen der Koalitionsrechts-„freunde", die dem konservativen Streikpostenantrage zustimmten, sind die folgenden:

Die Reichstagsabgeordneten Dr. Arendt (Mrs.), Dr. Becker-Hessen (Mtl.), v. Bieberstein, v. Boehn, v. Böhlendorff, v. Bonin, v. Brockhausen, Graf von Carmer (Oftern), Graf v. Carmer (Zieserwitz), Dietrich, **Doerksen**, v. Flemming, Frommer, Dr. Giese, v. Grafe, Gräfe-Sachsen, Dr. Hegenscheidt, v. Hindenburg, Heßke, Helmholtz, Graf v. Kanitz, Baron [illegible], [illegible], v. Massow, [illegible], [illegible], v. Michaelis, Rehbe, Rodenbeck, Dr. Oertel, v. Oertzen, v. Pauli, Graf [illegible], [illegible], Schultz (Bromberg), Siebenbürger, Graf Stolberg, Dr. v. Sch. Kap. [illegible], Graf v. Westarp, v. [illegible], [illegible] und [illegible].

Enthalten haben sich die Abgeordneten [illegible], [illegible], [illegible], [illegible] und [illegible].

Die [illegible], die im vorigen Jahre dem Antrage zustimmten, haben sich mit Ausnahme des Dr. Streck und des Dr. Becker [illegible] gegen die Resolution gestimmt. [illegible] hat das Zentrum von dem im vorigen Jahre ihr Angeordnetes für ein Zuchthausgesetz [illegible]. Die [illegible] sind die Traurigen [illegible].

Ein [illegible] Blatt über die [illegible].

[illegible]

Ausland.

Ungarn.

Wie aus Budapest berichtet wird, wählte die Regierungspartei den Grafen Khuen-Hedervary zum Parteipräsidenten. In einer deswegen abgehaltenen Konferenz betonten mehrere Redner, daß die Partei trotz des Austretens einiger Abgeordneten bezügl. der Wahlreform eines Sinnes sei, an der unverbrüchlichen Einigkeit der Partei festzuhalten. Der Ministerpräsident Lukacs erklärte, es sei bedauerlich, daß konservative Politiker sich mit radikalen Agitatoren verbänden, um der Wahlreformvorlage der Regierung Hindernisse zu bereiten. Was den angedrohten Generalstreik anbetreffe, so sei er unzulässig, um dadurch ein Pression auf das Parlament auszuüben. Die Regierung werde dem Generalstreik gegenüber die Gesetze mit ganzer Energie anwenden. Diese Erklärungen wurden mit Beifall aufgenommen.

Es soll also an der Taktik der Brutalität festgehalten werden. Umso schlimmer — für die Regierungspartei, die sich eine Niederlage holen wird.

Rußland.

Zwei Demonstrationsstreiks.

Petersburg. Der Jahrestag der Arbeiterdemonstration von 1905 wurde von einem Teile der Petersburger Arbeiter durch Arbeitseinstellungen begangen: von 300 000 Arbeitern feierten etwa 50 000. (Die Zahlen sind mit Vorsicht aufzunehmen, die Polizei hat das Bestreben, die Demonstration zu verkleinern. Die Redaktion.) Vereinzelte Versuche, revolutionäre Lieder anzustimmen, wurden durch die Polizei unterdrückt. Sonstige Straßendemonstrationen fanden nicht statt, rote Fahnen wurden nicht sichtbar.

Warschau. Ein zum fünfzigjährigen Gedenktag der polnischen Revolution von 1863 von den sozialistischen und nationalistischen Organisationen inszenierter Generalstreik ist nur teilweise gelungen. Die Arbeiterviertel Warschaus waren militärisch besetzt worden. Immerhin kam es verschiedentlich zu Demonstrationen und Zusammenstößen mit dem Militär. Die Streikenden hatten an den Telegraphendrähten rote Fahnen befestigt, die erst nach einer Weile von der Polizei wieder entfernt werden konnten. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Amerika.

Die Yankees und Merito.

Der amerikanische Kreuzer [illegible] der vor [illegible] kreuzt, [illegible] nach [illegible] zu gehen, um die amerikanischen [illegible] zu [illegible].

Südwestafrika.

Die [illegible] Allgemeine Zeitung berichtet: Es gelang am [illegible] einer Patrouille der 7. (Kamelreiter-) Kompagnie [illegible] unter Führung des [illegible], die [illegible], von denen am 26. September [illegible] der 4. Kompagnie in den Dünen [illegible]. Bei der Verfolgung [illegible] beschossen, ohne Verluste [illegible]. [illegible] am 29. November [illegible]. Die übrigen Mitglieder [illegible] Bande sind gefangen genommen worden.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 23. Januar.

[illegible]

Reichsschulamt erfüllen könnte, falls es auf freiheitlicher Grundlage errichtet wird. Vor allem müßte der Zerfahrenheit im deutschen Schulwesen gesteuert werden, ohne daß eine sinnlose Schablonisierung eintritt. Der Volksparteiler Kerschensteiner, ein bekannter Schulfachmann, trat für die sozialdemokratische Forderung ein. Mit seiner frischen und inhaltlich guten Rede fand Herr Kerschensteiner allgemeine Aufmerksamkeit. Kurz nach 6 Uhr trat eine zweistündige Pause ein. Um 8 Uhr abends wurde dann die parlamentarische Mühle wieder in Gang gesetzt — also eine Abendsitzung, der noch weitere folgen sollen, weil der Präsident den Etat rechtzeitig verabschieden will.

Sitzung vom 24. Januar.

Bevor die gestern abgebrochene Debatte über Schulfragen wieder aufgenommen wurde, mußte die Regierung drei kurze Anfragen beantworten. Genosse Schulz trat nochmals für die sozialdemokratische Resolution ein, die natürlich der Zentrumsmann Wörle bekämpfte. Die Resolution wurde abgelehnt, sie hat aber doch eine recht wertvolle Debatte gezeitigt. Es begann dann der Kampf um das verpfuschte Kaligesetz. Genosse Sachse bekämpfte die wahnsinnige Verschleuderung der deutschen Kalischätze und zeigte, welch eine wilde Spekulation und sinnlose Produktion im Kalibergbau eingesetzt hat. Außerdem vertrat Sachse sehr lebhaft die Interessen der Kaliarbeiter. Er wurde darin vom Genossen Cohn unterstützt. Eine sehr scharfe Kritik übte der Volksparteiler Gothein, der ja Fachmann auf bergbaulichem Gebiete ist. Die Redner der anderen bürgerlichen Parteien boten nichts Bemerkenswertes.

Die auch für heute geplante Nachtsitzung unterblieb, Herr Kaempf hat am Tage zuvor zu schlechte Erfahrungen machen müssen, denn Gröber vom Zentrum hat am Donnerstag abend die Nachtsitzung dadurch illusorisch gemacht, daß er die Beschlußfähigkeit bezweifelte. Der Grund zum Vorgehen Gröbers ist darin zu suchen, daß das Zentrum für Donnerstag abend einen Bierabend veranstaltet hatte. Dem Präsidenten ist davon im Laufe des Nachmittags Mitteilung gemacht worden, aber Herr Kaempf bestand eigensinnig auf der Sitzung. Das war nun nicht gerade sehr klug, denn der Präsident mußte damit rechnen, daß ihm die Sitzung gesprengt werden würde. Außerdem ist es alter Brauch im Reichstage, auf besondere Veranstaltungen der Parteien Rücksicht zu nehmen. Und diesem Brauch muß sich eben auch ein Präsident fügen, will er nicht unangenehme Erfahrungen machen.

Sitzung vom 25. Januar.

Bei dem Etat der Behörden für die Untersuchung von Seeunfällen brachte am Sonnabend Genosse Schumann die traurigen Arbeitsverhältnisse der Seeleute zur Sprache. Er schilderte eingehend, wie schwer diese Arbeiter unter den ungünstigsten Arbeitsbedingungen leiden. Geheimrat v. Jonquières versicherte, daß die Regierung bestrebt sei, alles zu tun, was irgend möglich sei, um die Arbeitsverhältnisse auf den Schiffen zu bessern. So schlimm sei aber die Sache nicht, wie der Abgeordnete Schumann ausgeführt habe. Die Abgeordneten Dr. Heckscher (Vp.) und Graf Westarp (Kons.) lobten die reichen Schiffsherren. Es sei auf den Schiffen alles tadellos. Die Kritik der Sozialdemokraten sei unbegründet. Genosse Schumann gab den Herren eine genügende Antwort für ihre Lobeshymnen auf die Schiffsreeder. Im weiteren Verlauf der Sitzung brachten unsere Genossen noch weitere Beschwerden über ungenügenden Arbeiterschutz vor. Genosse Bender ging auf die Arbeitsverhältnisse im Fuhrgewerbe und in der Binnenschiffahrt ein. Genosse Spiegel erörterte die Sonntagsarbeit in der Schwereisenindustrie. Genosse Feldmann schilderte die traurigen Verhältnisse der Steuerarbeiter. Genosse Käppler besprach die Zustände unter den Mühlenarbeitern. Ueberall dasselbe Bild, überall ganz ungenügender Arbeiterschutz und schwere Schädigung der Arbeiter. Trotzdem geschieht wenig oder gar nichts. Daher mußten unsere Genossen immer wieder die Aufmerksamkeit auf diese Mißstände lenken. Nächste Sitzung Dienstag.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 23. Januar.

Im preußischen Dreiklassenhause erklärte der Minister v. Schorlemer gelegentlich der Spezialberatung über den Landwirtschaftsetat, daß er der Einfügung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der ländlichen Fortbildungsschulen nicht abgeneigt sei und daß diese Schulen in erster Linie der nationalen Erziehung der Jugend, dem Kampf gegen Sozialdemokratie und Polen, dienen sollen. Er setzte sich damit in Widerspruch mit dem Handelsminister Sydow, der bekanntlich von der Einfügung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der städtischen Fortbildungsschulen nichts wissen will und an dessen Widerspruch gegen die Verfrommungsbestrebungen des Zentrums und der Konservativen vor zwei Jahren das Fortbildungsschulgesetz gescheitert ist. Genosse Hoffmann nagelte diese reaktionäre Tendenz des Landwirtschaftsministers gebührend fest. Gleichzeitig wandte er sich mit aller Schärfe gegen die Lebensmittelwucherer und zwang den Minister, endlich einmal zu erklären, ob er der Stadt Berlin die Einfuhr russischen Fleisches weiter gestatten wolle. Die Stadt muß aber notwendigerweise wissen, wie es nach dem 1. April wird, da sie die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen hat. Auf ihre Anfrage ist bisher ein Bescheid nicht erteilt worden. Jetzt endlich bequemte sich der Minister zu der Erklärung, daß er die Einfuhr vorläufig noch den Sommer über gestatten wolle. Was nach Ablauf des Sommers werde, darüber könnte er sich vorläufig noch nicht äußern; die Regierung wolle erst abwarten, wie die Verhältnisse auf dem Fleischmarkte sich gestalten würden.

Sitzung vom 24. Januar.

Die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung, mit der sich das Abgeordnetenhaus auch am Freitag noch beschäftigte, verlor sich völlig in Einzelheiten. Erwähnenswert ist die Erklärung des Ministers, daß der Entwurf eines Fischereigesetzes ausgearbeitet ist, dem Landtage aber in dieser Session nicht mehr zugehen wird.

Im übrigen wurde viel über Landesmeliorationen, über Obst- und Gemüsebau und andere landwirtschaftliche Fragen gesprochen, wobei die meisten Redner wohl weniger durch die zur Beratung stehenden Titel, als vielmehr durch die Nähe der Neuwahlen veranlaßt wurden, das Wort zu ergreifen und teils rein lokale Dinge zur Sprache zu bringen.

Am Sonnabend soll es in der gleichen Weise weiter gehen. Bleibt dann noch Zeit übrig, so wird sich das Haus noch mit Beamtenpetitionen befassen.

Sitzung vom 25. Januar.

Landarbeiterfrage im Junkerparlament.

Eine interessante Debatte über die Landarbeiterfrage spielte sich am Sonnabend im preußischen Abgeordnetenhause ab. Der Etat sieht zum ersten Male 45 000 Mark zur Unterstützung der nicht gewerbsmäßigen landwirtschaftlichen Arbeitsvermittelung vor. Während diese Position, deren sozialpolitische Bedeutung auf den ersten Blick einleuchtet, von der Budgetkommission debattelos genehmigt wurde, gab sie im Plenum dem Zentrumsabgeordneten [illegible] Gelegenheit zu einem völlig unmotivierten Angriff auf die Sozialdemokratie, die angeblich die ländlichen Dienstboten

gegen die Arbeitgeber aufhetze. Daß sich hinter diesem Wutausbruch lediglich der Aerger über die sozialdemokratischen Erfolge auf dem Lande und über das Eindringen des Organisationsgedankens in die Landarbeiterschaft verbirgt, ist einleuchtend. Herr Richtarsky wird inzwischen noch seine Voreiligkeit bitter bereut haben. Denn seine Hetzrede gab unseren Genossen Leinert und Hoffmann die nicht unerwünschte Gelegenheit, an einer Fülle von Beispielen das ganze Elend der Landarbeiter zu entrollen, ihre Rechtlosigkeit und die daraus sich ergebenden Folgen zu schildern und haarscharf die Notwendigkeit der Gewährung eines freien Koalitionsrechts an die Landarbeiter nachzuweisen. Was unsere Genossen anführten, waren Fälle aus dem Leben, wahre Tragödien des jammervollen Zustandes, unter dem die Landarbeiter und das Gesinde in Ostelbien seufzt. Schilderungen, die ihren Eindruck nicht verfehlen werden. Fast noch trauriger aber als die Fälle selbst erscheint uns die Tatsache, daß einige Junker selbst bei dieser Schilderung menschlichen Elends sich nicht enthalten konnten, durch Gelächter und Zwischenrufe Zeichen einer Gefühlsroheit an den Tag zu legen, wie man sie kaum für möglich halten sollte. Zwar schickten sie hinterher Herrn Kreth vor, der die Debatte auf ein anderes Gebiet hinüberzulenken suchte, aber in bekannter Tappigkeit lediglich neue Angriffsflächen bot, die Genosse Hoffmann geschickt auszunutzen verstand. Die Diskussion wird weiteren Kreisen der Landarbeiter den Beweis dafür geliefert haben, wo ihre Freunde sitzen, sie wird auch dem Blödesten unter ihnen die Augen darüber öffnen, daß den Landarbeitern, wie allen Unterdrückten, einzig und allein von der Sozialdemokratie Hilfe kommen kann.

Die Position selbst wurde genehmigt, nachdem der Vertreter der Regierung auf Anfrage des Abgeordneten Flesch die Erklärung abgegeben hatte, daß die 45 000 Mark nur für die Vermittelung inländischer Arbeiter bestimmt seien. Welche Forderungen die Sozialdemokraten an eine geordnete Arbeitsvermittelung zu stellen haben, legte Genosse Leinert in eingehender Rede dar, in der er besonders die Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung der Arbeitsnachweise und Kautelen dagegen verlangte, daß die Arbeitsnachweise zu Maßregelungsbureaus ausarten.

Nach Erledigung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung begann das Haus noch die Beratung des Etats der Gestütsverwaltung und vertagte sich sodann auf Mittwoch.

Danzig.

Im Schutze des Gesetzes.

Als der deutsche Kronprinz im Herbst 1911 nach Langfuhr versetzt wurde, wurde auch der Hilfsschutzmann Scharkus wegen seiner besonderen Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit von Danzig in diese Vorstadt versetzt. Er war zwar beim Militär bereits wegen tätlicher Mißhandlung Untergebener bestraft; das tat seiner Tüchtigkeit aber keinen Abbruch.

Es dauerte nicht lange und im Mai 1912 stand der Zimmerer Koppitsch vor dem Schöffengericht, weil er die Schutzleute Scharkus, Brodowski und Dalügge am 16. November 1911 auf der Straße und in der Polizeiwache zu Langfuhr in der brutalsten Weise mißhandelt haben sollte. Der Angeklagte bewies durch ein ärztliches Attest, daß er bei jener Affäre schwere Verletzungen erlitten hatte. Mit mehreren Wunden am Kopf und am Gesicht und Verletzungen am Unterleib und den Beinen war er blutbesudelt und mit zerrissenem Jackett auf die Polizeiwache gebracht. Den drei Schutzleuten war dagegen kein sichtbares Uebel widerfahren. Vor dem Schöffengericht **verweigerte denn auch der Schutzmann Brodowski sein Zeugnis und gab die Möglichkeit zu, daß er dem Angeklagten mehrere Schläge ins Gesicht versetzt hätte.** Das Schöffengericht stellte fest, daß der Angeklagte von dem Schutzmann Scharkus grundlos mit dem Säbel zugerichtet wurde und auch von den anderen Schutzleuten schwer mißhandelt war. **Weil er sich in der Notwehr befunden habe, wurde er freigesprochen.**

Der Staatsanwalt Dr. Dobring zog die von ihm gegen dieses Urteil eingelegte Berufung vor der Strafkammer nach der Vernehmung einwandfreie Zeugen selbst zurück. Unser ausführlicher Bericht über diese Verhandlung erschien am 4. Juli, in der Hauptsache auch im Vorwärts und ging aus diesem in eine große Anzahl Zeitungen über. Bald darauf geschah etwas recht Sonderbares. Der Freigesprochene wurde mündlich auf das Danziger Polizei-Präsidium bestellt. Dort wurde er von dem Polizeiinspektor v. Saucken eingehend darüber vernommen, **ob er dem Bericht nahestehe und dessen Verfasser kenne?** Am meisten wurde der Verhörte dadurch überrascht, als ihm auf den Kopf zugesagt wurde, daß er nach der am 28. Juni stattgefundenen Strafkammerverhandlung **mit dem Genossen Bartel zusammengewesen sei?** Es wurde ihm sogar bis auf die Minute genau nachgewiesen, was er an dem Tage nachmittags getan hatte und wann er bei Bartel war. Diese selbst im ostelbischen Preußen auffällige Suche nach dem Verfasser hatte trotz unserer daran geübten Kritik eine äußerlich sichtbare Wirkung nicht. Weder wir noch unser angeblicher Mitarbeiter wurden, trotz reiflicher Erwägungen und Verhandlungen mit Berlin, angeklagt. Dagegen stellte der Staatsanwalt den kronprinzlichen Musterschutzmann wegen des durch die Mißhandlung des K. begangenen Amtsvergehens unter **Anklage.**

Am 16. Januar hatte Scharkus sich deshalb vor der Strafkammer 1 zu verantworten. Seine Vorgesetzten die Polizeikommissare Günther und Oelrich, stellten ihm ein günstiges Zeugnis aus. Der Staatsanwalt, wieder Dr. Dobring, legte darauf aber wenig Wert. Er erklärte, **die Kommissare erführen doch nur, was man ihnen mitteilte, was auf der Polizeiwache geschähe, käme doch nicht zu ihrer Kenntnis.** Das bestätigten beide Kommissare. Der Angeklagte wollte sogar wissen, daß der Mißhandelte ein streitsüchtiger Mensch sei, der schon wiederholt bestraft werden mußte. Dabei mußte der als Zeuge auftretende Koppitsch erst dem Gericht erzählen, daß er als einzige Strafe seines Lebens vor etwa zehn Jahren mit der Lappalie von 30 Mark bestraft wurde. Der wieder vernommene Schutzmann Brodowski verweigerte diesmal sein Zeugnis nicht, obwohl der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Meyer, besonders dringend mahnte, daß jeder Zeuge alles, was er wisse, auch ungefragt sagen müsse, weil man nicht wissen könne, was er in seinem Innern verberge.

Der Angeklagte bestritt, den Zimmerer Koppitsch vorsätzlich mißhandelt zu haben. Er wollte auch die beiden Arbeiter, die er zuerst sistierte, nicht Lumpen und Packzeug geschimpft haben. Zu einem Herrn wollte er sie nur Luntrus genannt haben. Als Koppitsch hinzukam und sagte, Packzeug gebe es in Langfuhr nicht, habe er ihn nicht geschlagen, sondern nur gesagt, er könne ihn ja verklagen. Dann soll K. lamentiert haben, so daß Sch., um einen Volksauflauf zu verhindern, ihn sistieren wollte. Nun habe K. sich gewehrt, ihn ins Gesicht geschlagen und am Arm und Mantel gepackt. Er wollte ihn sogar zu Boden werfen. Und nun erst schlug der Angeklagte ihn mit der Faust ins Gesicht und mit dem Fuß in den Leib. Als der Gestoßene sich krümmte, glaubte Scharkus, daß er ein Messer nehmen wollte. Deshalb zog er den Säbel und schlug ihn über den Kopf. Unteroffiziere des 2. Husarenregiments, die Sch. anrief, verweigerten ihm Hilfe. Sch. behauptete weiter, daß K. sich in der Wache auf den Schutzmann Brodowski stürzte. Auch den Schutzmann Dalügge fiel er wie ein reißendes Tier an.

Trainsergeant Salz will den Vorgang von Anfang nicht gesehen haben. Ob Sch. vorher schlug, habe er nicht bemerkt. K. leistete aber, nach dem Eindruck, den er hatte, Widerstand. Der Zeuge nahm an, daß K. verhaftet war und sich losreißen wollte. Sch. ersuchte ihn um Hilfe. Nun faßte er den K., dann schlug Scharkus auf K. mit dem Säbel ein. Der Zeuge bestätigte wiederholt, daß er nicht gesehen habe, daß auch K. den Schutzmann schlug. Auf Vorhalt des Richters, daß er früher anders ausgesagt habe erklärte der Zeuge: Zuerst habe er annehmen müssen, daß K. nur seine Mütze und Flasche aufheben wollte, als er aber viele Zivilisten herumstehen sah, nahm er an, daß K. entfliehen wollte. Dem K. sei nicht anzusehen gewesen, daß er betrunken war. Den Vorfall mit den Arbeitern Gehrt und Feilert, die der Angeklagte Lumpen und Packzeug geschimpft haben soll, hat der Zeuge nicht gesehen.

Der Staatsanwalt hob während der Beweisaufnahme hervor, daß er nur den Beginn des Vorganges unter Anklage gestellt habe, später habe Koppitsch in berechtigter Notwehr heftigen Widerstand geleistet.

Frau Amtsgerichtsassistent Weide hat den ganzen Vorgang von dem Balkon ihrer in der zweiten Etage in der Hauptstraße belegenen Wohnung unmittelbar über dem Tatort beobachtet. Sie bekundete, daß der Schutzmann nach dem Zusammenstoß mit den beiden Arbeitern mit K. einige Worte tauschte und ihm sofort nachging. Er packte ihn sofort am Kragen und schlug ihn mit den Fäusten. Dem Angegriffenen fiel die Flasche fort. Er hielt die Hände zur Abwehr empor. Der Schutzmann schlug, obwohl K. nichts tat, immerfort auf ihn ein.

Der Vorsitzende hob hervor, daß gerade diese Zeugin sich während der vielen Vernehmungen noch niemals widersprochen habe. Der Staatsanwalt betonte ebenfalls, daß sie den gesamten Vorgang beobachtete. Frau Weide ließ sich auch durch die überaus große Mühe, die sich Justizrat Adam gab, um ihre Aussage für den Angeklagten günstiger zu deuten, zu keiner Aenderung veranlassen.

Der Schneidermeister Tschich stellt entgegen dem Angeklagten fest, daß dieser die beiden Arbeiter Packzeug nannte und daß Koppitsch sich das verbat. Darauf packte ihn der Schutzmann sofort, worauf K. Flasche und Mütze entfiel. Der Schutzmann erlaubte ihm nicht, sie aufzuheben. Er zog den Säbel und K. wehrte sich gegen die Schläge.

Der Kaufmann Nastelski stand vor seiner Ladentür. Der Schutzmann schlug mit der Faust auf Koppitsch ein und stieß ihn mit den Füßen. Er habe dem Scharkus noch gesagt, er solle doch nicht mit dem Fuß schlagen.

Der Angeklagte erklärt, dieser Zeuge habe das Publikum aufgereizt, indem er sagte, der Schutzmann schlage mit den Füßen.

Der Magistratssekretär Görlitz sah, daß K. die Blechflasche unter dem Arm hielt. Der Schutzmann ging auf ihn zu und wechselte einige Worte. Sofort schlug er dann den K. mit der Faust ins Gesicht. K. schlug jedoch nicht. Auf Einwendungen des Scharkus bestritt der Zeuge entschieden, daß Koppitsch den Scharkus am Kragen gepackt habe. Der Schutzmann habe vielmehr sofort auf K. losgeschlagen. Auch gegenüber den Vorhaltungen des Verteidigers, der in seiner Darstellung nicht den natürlichen Verlauf solcher Zusammenstöße erkennen wollte, blieb der Zeuge unbeirrt bei seiner Aussage.

Der Arbeiter Gehrt wurde von dem Schutzmann mit Feilert notiert und will dabei von ihm Packzeug und Vagabunden genannt sein. Als Koppitsch das als Beleidigung bezeichnete, habe der Schutzmann ihn sofort ins Gesicht geschlagen und später auch mit den Füßen gestoßen.

Der Zimmerer Koppitsch schilderte die furchtbaren Mißhandlungen, denen er ausgesetzt war, im Zusammenhange. Er sei im Lokal von Moldenhauer gewesen und wollte zu einem Eisengeschäft gehen, das bereits geschlossen war. Auf dem Rückwege hörte er, daß Scharkus zu Gehrt und Feilert sagte: Macht ihr Packzeug und Vagabunden, daß ihr fortgeht, sonst bekommt ihr auf die Lumpen. Er habe darauf gesagt, in Langfuhr gebe es kein Packzeug und sei weiter gegangen. Nun packte ihn Sch. von hinten ins Genick und drohte, ich werde dir schon helfen, und schlug ihn mit der Faust ins Gesicht. K. erklärte ihm, ein Beamter dürfe doch nicht schlagen. Sch. habe aber immer wieder auf ihn eingeschlagen, so daß er die Hände zur Abwehr vorhalten mußte. Darauf stieß der Angeklagte ihn auch mit dem Fuß in den Leib. Um sich zu schützen, habe er ihn umgefaßt. Darauf zog Scharkus den Säbel und schlug ihn damit ins Gesicht und über den Kopf. Dann sei er zur Wache gebracht. Als er dort durch den üblichen Eingang gehen wollte, habe Sch., der mit dem gezogenen Säbel hinter ihm ging ihn wieder gepackt und gefragt, ob er ausreißen wolle. Dann schlug er ihn im Gange und stieß ihn auf den Schutzmann Brodowski. Dieser war in einer Unterjacke und schrie dem K. nun zu: Du willst mich wohl abwürgen, und schlug nun auch seinerseits den K. mit der Faust ins Gesicht. Dann mußte er stramm stehen und Brodowski gab ihm etwa 6 bis 7 Ohrfeigen. Ein Beamter erklärte darauf: Nun sei es genug. Der Mann blute so sehr, daß das ganze Zimmer verunreinigt werde. Als er nun abgeführt wurde, schlug auch der Schutzmann Dalügge noch auf ihn los und lockerte ihm dabei einen Zahn. Der Zeuge beschwerte sich darüber, daß er bei der Vernehmung auf dem Kriminalbureau, wohin er von der Langfuhrer Wache gebracht wurde, um etwas Wasser gebeten habe. Ihm sei aber erwidert worden, man werde ihm Petroleum in den Hals gießen!

Der Angeklagte erwiderte auf die Aussagen dieses Zeugen: nichts!

Der Schutzmann Brodowski verweigerte, trotz Vorhaltung des Vorsitzenden, sein Zeugnis nicht. Vor dem Schöffengericht hatte er es getan. Er behauptet, daß nicht er, sondern Dalügge eine Unterjacke auf der Wache an hatte. Er will gesehen haben, daß Koppitsch den Scharkus, was dieser selbst nicht behauptete, in der Wache am Halse würgte. Er sei dann, als er Sch. schützen wollte mit K. zu Boden gefallen, worauf Dalügge ebenfalls hinzusprang.

Koppitsch bestritt, entgegen dem Polizeikommissar Oelrich aus Langfuhr, daß er diesen am nächsten Tage um Niederschlagung der Angelegenheit ersucht habe. Er habe ihn vielmehr um die Adressen der Schutzleute ersucht, die ihn mißhandelten.

Auf die Vernehmung des Schutzmannes Dalügge wurde allseitig verzichtet.

Der Vorsitzende stellte fest, daß das ärztliche Attest, welches unerhört brutale Mißhandlungen des Koppitsch feststellte, **nicht mehr bei den Akten vorhanden war und deshalb nicht verlesen werden konnte.**

Der Staatsanwalt hielt die Anklage in vollem Umfange aufrecht. Die Aussage des Salz sei widerspruchsvoll. Sie schaffe die Zeugnisse Görlitz, Weide und Koppitsch nicht aus der Welt, was der Ankläger des näheren bewies. Das Leumundszeugnis der Kommissare habe keinen besonderen Wert. Die Vorbestrafung des Angeklagten beweise, daß er sich von seinem Jähzorn habe hinreißen lassen. Er habe auch hier Leute, die er amtlich, also höflich, behandeln müsse, beschimpft. Unter Zubilligung mildernder Umstände beantragte er 100 Mark Geldstrafe oder zehn Tage Gefängnis.

Rechtsanwalt Adam fand, daß Koppitsch sich ganz unbefugt gegen die Beleidigung der Arbeiter durch Scharkus gewendet habe. Wenn ein Rechtsanwalt so beschimpft worden wäre, dürfte der Herr Justizrat wohl anderer Meinung sein. Die Zeugnisse von Gehrt, Feilert und Koppitsch erklärte er für unnatürlich. Frau Weide und Herr Görlitz hätten sich durchaus geirrt. Nur Tschich und Salz seien genaue Beobachter gewesen. Mindestens sei der Fall nicht genug aufgeklärt. Deshalb müsse Freisprechung erfolgen.

Nach dreistündiger Verhandlung sprach das Gericht den Scharkus frei! Es habe kein klares Bild der Sachlage erlangen können und angenommen, daß Frau Weide und Görlitz sich geirrt hätten. Die Zeugnisse von Gehrt, Feilert und Koppitsch müssen überhaupt ausscheiden, weil sie interessiert wären. Zwar machte K. auf das Gericht einen sehr günstigen Eindruck, aber er habe an dem Abend etwa vier Schnäpse getrunken. Alle Zeugen hätten subjektiv die Wahrheit gesagt, keinen treffe der Vorwurf der Eidesverletzung. Am genauesten hätte aber Tschich und Salz beobachtet. Nach ihnen habe der Schutzmann in der Notwehr oder mindestens in vermeintlicher Notwehr gehandelt. Eine Beleidigung habe Scharkus ebenfalls nicht begangen, weil ihm vollständig das Bewußtsein fehlte, daß seine Behandlung für Koppitsch ehrverletzend war.

Damit ist dieses Schutzmannsdrama endgiltig beendigt. Triumphieren kann darüber allein die Justiz, die sowohl Koppitsch wie Scharkus wegen Notwehr freigesprochen hat. Deshalb kann nun auch Koppitsch wenigstens sicher sein, daß er nicht noch einmal auf die Anklagebank gesetzt wird.

Schließlich bleibt uns noch übrig, das erhabene Zartgefühl zu bewundern, mit dem die bürgerliche Presse über diesen Prozeß „berichtete". Es ist ja aber schließlich nichts neues, daß diese Presse und die Polizei verständnisinnig miteinander fühlen, wenn es sich nur um einen simplen Plebejer handelt, der mit der Plempe Bekanntschaft machte.

Die Städtische Rechtsauskunftsstelle, Weißmönchenkirchengasse 5, 1. Etage, schreibt uns:

Warnung vor sogenannten Gas-Spar-Apparaten.

Apparate, welche geeignet wären, den Gaskonsum noch mehr herabzumindern, als dies die modernen Gaskocher und Gasbrennerkonstruktionen an und für sich schon tun, gibt es leider noch nicht. Gäbe es deren, so würden die Gasanstalten in erster Linie darauf aufmerksam gemacht werden, und dann sicherlich nicht versäumen, sie ihren Konsumenten zu empfehlen und anzubieten, **denn je sparsamer der Gasverbrauch der einzelnen Apparate, desto allgemeiner wird auch die Anwendung des Gases im Haushalt und Gewerbe** sein.

In der letzten Zeit mehren sich nun die Fälle, in denen Hausierer **sogenannte Gassparer** anbieten, vor deren Ankauf nicht dringend genug geraten werden kann. Ihre Versicherungen dürfen nur mit der allergrößten Vorsicht aufgenommen werden, und vor allen Dingen müssen die Bestellscheine — falls man doch einen Versuch machen will — vor dem Unterschreiben äußerst aufmerksam auf ihren Inhalt geprüft werden. **Man wird sich durch diese Vorsicht viel Geld, Aerger, Unannehmlichkeiten und Prozeßkosten ersparen.** Vor allem lasse man sich auch nicht durch die angebotene dreimonatliche Probezeit betören, denn bei Anbringung der Apparate ist für diese Probezeit eine „Montage-" oder „Benutzungsgebühr" zu bezahlen, durch die diese Gassparer schon mehr als ausreichend bezahlt sind. Natürlicherweise **ist diese Probezeit gerade der Fallstrick für die Leichtgläubigkeit des Publikums,** denn der betreffende Hausierer erwähnt dabei nicht, daß die Apparate, falls man sie nicht behalten will, schon einen Monat vor Ablauf der Probezeit abzumelden sind. Das Abmelden wird aber meist versäumt, und der Konsument muß die Apparate voll bezahlen, obgleich er sie nicht gebrauchen kann. Tut er es nicht, so wird er verklagt und wird durchweg der verlierende Teil sein, da er ja den ominösen Bestellschein eigenhändig mit seinem Namen unterzeichnet hat.

Da in jüngster Zeit auch in Danzig der Vertrieb der sogenannten Gas-Spar-Apparate zum Teil mit Erfolg versucht wurde, so sei durch diesen Hinweis auch hier vor dem Ankauf dieser Apparate gewarnt.

Frauenbewegung.

Das Frauenwahlrecht im Staate Newyork.

Newyork. Das Unterhaus des Staatsparlaments von Newyork hat mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, wonach die Bürger im Jahre 1915 darüber abzustimmen haben, ob den Frauen das Stimmrecht zu verleihen sei. Fünf Jahre im Staate wohnhafte, verheiratete Frauen sollen nach dem Plan das Stimmrecht erhalten. Auch der Senat des Staates Newyork dürfte die Vorlage annehmen. Darauf wird eine allgemeine Volksabstimmung bei den Herbstwahlen im Jahre 1916 endgültig entscheiden. Die Resolution ist eine Folge der eifrigen Agitation der Suffragetten Newyorks.

Ein guter Rat in teurer Zeit.

Ohne teures Fleisch kann die Hausfrau wohlschmeckende, nahrhafte Suppen herstellen, wenn sie die bekannten **Maggi**s Suppenwürfel zu 10 Pfg. für 2–3 Teller kauft. **Maggi**s Suppen stehen den besten mit Fleischbrühe zubereiteten Suppen in nichts nach. — Mehr als 40 Sorten. — Beim Einkauf achte man aber auf den Namen **Maggi** und die Schutzmarke „Kreuzstern".

Das vornehme Kredit-Haus

in Danzig

Nicolaus Pindo Nachf.

M. Grau

Ausstellung

von

100 Musterzimmern

4 Holzmarkt 4

Part., I., II., III., IV. Etage

Fahrstuhl nach allen Etagen.

Möbel

in jeder Stilart und Preislage.

Kompl. Wohnungseinrichtungen

von **200** bis **15000** Mark.

Anzahlung von **10** Mark an.

Einzelne Schränke, Vertikos, Spiegel, Tische, Bettstellen, Stühle, Sofas, Garnituren usw.

Anzahlung von **2** Mark an.

Damen-Konfektion

Entzückende Formen und wundervolle Stoffe:

Kostüme, Mäntel, Ulster, Jacketts, Röcke, Blusen, Pelzkragen, Muffen etc.

von **3** Mark Anzahlung an.

Herren-Garderobe

in moderner und eleganter Ausführung:

Paletots, Ulster, Jackett-Anzüge mit gestreifter Hose, Gehrock-Anzüge, Knaben-Anzüge

von **3** Mk. Anzahlung an.

Teppiche

Läufer, Felle, Steppdecken, Tischdecken, Chaiselonguedecken, Tülldecken, Gardinen, Künstler-Gardinen, Stores, Kleiderstoffe, Bettbezüge usw. usw.

Beamten und Kunden ohne Anzahlung.

Beachten Sie meine Schaufenster!

Diskrete Lieferung frei Haus.

Verlangen Sie meinen Prachtkatalog. Zusendung gratis und franko.

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 28. Januar, nachmittags 3 ½ Uhr.

Zum 22. Male. Bei ermäßigten Preisen.

Jeder Erwachsene hat das Recht ein Kind unter zehn Jahren frei einzuführen.

Der Wunschpeter u. das Glücksglasmännlein.

Mittwoch, den 28. Januar, abends 7 ½ Uhr.

Liebesketten.

Donnerstag, den 29. Januar, abends 7 ½ Uhr. **Der liebe Augustin.**

Freitag, den 30. Januar, abends 7 ½ Uhr. **Der Wildschütz.**

A. Polz Nachf., Schmiedegasse 19

Zigarren in vorzüglicher Qualität

Zigaretten, Tabake in grosser Auswahl.

Wilhelm Zamory

Glas- u. Bilderleisten-Handlung

Teleph. 2505. **Danzig, Tischlergasse 47.** Teleph. 2505.

Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.

Künstliche Zähne mit Kautschuk-Platte **1.80, 3.00** u. **4.00** Mk.

Plomben von **2,00** Mk. an. **Reparaturen** von **1,00** Mk. an.

Zahnziehen fast schmerzlos in normalen Fällen **1,00** Mk.

Bei Bestellung von Gebissen jedoch **kostenlos.**

Angenehme Zahlungsweise. – Garantie. –

Zahn-Praxis

Georg Haselmann, Dentist

Milchkannengasse Nr. 31, II.

Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr. Sonntags von 9 bis 12 Uhr.

Sämtliche Partei- und Gewerkschafts-Literatur

empfiehlt Buchhandlung „Volkswacht", Danzig, Paradiesgasse 32

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint wöchentlich einmal

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

S. Mattenorf – Elbing, Alter Markt – Möbel und Konfektion.

Alkoholfreie Getränke

Chr. Schatz

Sinalco

Bäckereien

Bekleidungsgeschäften

H. Herder

Berufskleidung

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Bettfedern und Betten

Bierbrauereien

Danziger Aktien-Bierbrauerei

Alte Schlossbrauerei

Buchhandlungen

Carl Preuss, Graudenz

Hotel zum jungen Löwen, Graudenz

Blumenhandlungen

Brotfabriken

Danziger Brotfabrik G. m. b. H.

Bürsten, Besen, Pinsel

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Butter, Käse, Eier

Horst Lettau, Hundegasse 36

Zigarrenhandlungen

J. Noetzel

M. Krause

Cigarren und Schirme

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Damenputz u. Modewaren

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

M. Laube, Ohra

Kurz-, Weiß-, Wollwaren.

A. Alfermann

F. Berger

Oscar Schülzmann

Drogen und Farben

Ernst Röhl, Breitgasse 76.

Häkergasse 10

Schwersenz

Goldene 14, Lange Brücke

Otto Daberkow

Herrenartikel

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

English Club 100-102

Partiewaren, Gelegenheitskäufe

Johannes Schamp, Elbing, Fischerstr. 43/44

Arbeiter-Garderoben

Sally Bieber, Holzgasse 45

Manufaktur-, Kurz- u. Schuhwaren sowie sämtl. Arbeitergarderoben.

Kohlen, Holz, Briketts

Danziger Brotfabrik

C. Ehlert Schidlitz

J. Woelke, Ohra, Hauptstr. 13.

Kolonial- und Feinwaren

H. Esau, Schidlitz, Karthäuserstr. 46.

Rich. Folchert Schidlitz, Unterstr. 24.

Max Schulke, Fischmarkt 45.

C. E. Schimmelmann vorm. Prantz

Schüsseldamm 32

Mehl, Hülsenfrüchte etc.

Rob. Schulz Schidlitz, Karthäuserstr. 1-7.

A. Seilke, Schidlitz, Unterstr. 18.

Herm. Sielaff, Schidlitz, Weinbergstr. 27

F. Warkentin, Schüsseldamm 24.

G. Willutzki, Schüsseldamm 18.

J. Woelke, Ohra, Hauptstrasse 13.

Meiereien

Rob. Kobusch, Schichaugasse 18.

F. Steckel, Fischmarkt 5, Häkergasse 37.

Für Wiederverkäufer bill. Bezugsquelle in Käse, Butter etc.

Möbelmagazine

Arthur Schulz

DANZIG, III. Damm Nr. 7

Billigste Bezugsquelle f. Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen.

Molkereien

Central-Molkerei G. m. b. H. **Danzig**

Verkaufswagen in allen Stadtteilen.

Friedr. Dohm

Produkte in bekannter Güte.

Niederlagen in allen Stadtteilen.

Musikinstr., Grammophone

Danziger Sprechmaschinen u. Fahrrad-Zentrale, Hundegasse 33.

Reelle und billige Bezugsquelle für Abonnenten der Volkswacht.

Zubehör u. Reparaturen enorm billig.

Papier- und Schreibwaren

G. W. Petersen

ELBING, Alter Markt 33

Schul- und Büro-Artikel.

Schirme, Stöcke, Mützen

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Schneiderei-Artikel

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Schnupftabak-Fabriken

Joh. Kostuchowski

Danzig-Schidlitz

Karthäuserstr. 113. Telefon 2948.

Julius Gosda Schnupftabakfabrik

Danzig, 2. Priestergasse 5

Schuhwaren

Großes Schuhwarenlager Inh.: Fortier

Repar.-Werkst.

Kl. Mühlengasse, neb. dem Pfarrhaus.

Arbeiter erhalten Extrarabatt.

Schuhwarenhaus Tuchler

Holzmarkt 19.

Unerreicht billige Preise.

L. Michaelis III. Damm Nr. 4, Heiligegeistg. 36.

Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.

Seifen- u. Toilettenartikel

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Spielwaren

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Sprechmaschinen, Platten

A. Hein, Breitgasse 118.

L. Reniers, ELBING

Trikotagen, Wollwaren

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Uhren und Goldwaren

Karczewski, Junkergasse 4

Wäsche, Weiss- u. Wollw.

Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4.

Druck von Carl Gooßmann, sämtliche in Danzig.

Beilage zur Volkswacht

Nr. 9. | Danzig, den 29. Januar 1913. | 4. Jahrgang.

Danzig.

Gesangverein Sängergruß. Hiermit zur Notiz, daß die nächste Gesangsstunde am Donnerstag in der Maurerherberge stattfindet.

Am Sonnabend standen die Genossen, unser Redakteur Hermann Lorenz und Gewerkschaftsbeamter Arthur Brill vor dem hiesigen Landgericht wegen Beleidigung der Ohraer Polizei, und wurde ersterer zu 100 Mark und letzterer zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Volksversammlung am Sonntag Nachmittag hatte den Bürgergarten vollständig überfüllt. Wie schon häufig, hatten die Frauen großes Interesse gezeigt und besonders zahlreich hatten sich Staatsarbeiter eingefunden. Eingeladen war auch Weinhausen, der Reichstagsabgeordnete des Danziger Börsenfreisinns. Er hatte sich schriftlich entschuldigt, daß er erst am 2. Februar nach Danzig kommen könne. Zudem habe er seine Ansicht über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter bereits im Reichstage hinreichend bekannt gegeben. Auch Zuschriften Danziger Staatsarbeiter hätten ihm das bestätigt.

Genosse Büchner sprach frisch und temperamentvoll und zugleich sachlich eindringend über die Arbeiten des Reichstages und das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter. Seine Zuhörer folgten ihm gleich dankbar als er die äußere und innere Reichspolitik wie die unehrliche Jesuitenpolitik der Zentrumspharisäer beleuchtete. Ebenso hatte er ihr Ohr als er speziell und überaus sachkundig das sogenannte Koalitionsrecht der Staatsarbeiter besprach. Büchner wendete sich schließlich auch an die Frauen, sie zur Mitarbeit im Kampf um die soziale Befreiung der Arbeit anfeuernd. Dann wendete er sich noch zur preußischen Landtagswahl und forderte nachhaltige Arbeit in der Organisation zur Zerschmetterung der Dreiklassenschmach. Lebhafter Beifall folgte der 1½stündigen Rede.

Gegner meldeten sich trotz der Aufforderung des Genossen Sellin nicht zum Wort. Genosse Frängel zeigte dann die Praxis in den staatlichen Musterbetrieben. Dabei stellte er fest, daß in der Gewehrfabrik und auch in der Artilleriewerkstatt bei Erwähnung dieser Versammlung von maßgebender Stelle angedeutet sei, daß Beamte sie ebenfalls besuchen würden. Genosse Bartel kritisierte beifällig das freisinnige Verhalten des Danziger Freisinns und seiner Zeitung gegenüber der Landtagsarbeit der Sozialdemokratie und forderte zu emsiger Mithilfe gerade bei dieser Wahl durch Eintritt in die Organisationen und das Abonnement der Volkswacht auf. Er begründete dann folgende Resolution:

„Die heutige überfüllte Volksversammlung protestiert gegen die Absicht, die Einführung des russischen Fleisches schon am 31. März 1913 einzustellen. Sie fordert die städtischen Körperschaften auf, mit allem Nachdruck dafür zu wirken, daß die Einfuhr vorläufig mindestens bis zum 31. März 1914 gestattet wird. Sie fordert ferner, daß der Magistrat auch Vertreter der Arbeiterschaft hinzuzieht, um die Unzuträglichkeiten, die sich bei dem Verkauf des eingeführten Fleisches ergeben haben, in zweckmäßiger Weise abzustellen.

In der weiteren Debatte äußerten sich noch zwei Redner. Dann folgte das kraftvoll abschließende für den Sozialismus aufrufende Schlußwort Büchners.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Das dreifache brausende Hoch auf die völkerbefreiende revolutionäre Sozialdemokratie schloß die imposante Versammlung.

Die Errichtung einer allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Danzig (Stadtbezirk) **wird vom Magistrat beabsichtigt,** und hierzu ein Antrag an die Stadtverordneten-Versammlung gestellt.

Nach Paragraph 226 R.-V.-O. ist für den Bezirk eines Versicherungsamtes, der sich hier mit dem Stadtbezirk deckt, eine allgemeine Ortskrankenkasse zu errichten. Die Errichtung erfolgt durch Beschluß des Gemeindeverbandes. An Stelle dieser neu einzurichtenden Ortskrankenkasse kann aber auch eine bereits bestehende Ortskrankenkasse unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen zu einer allgemeinen Ortskrankenkasse ausgestaltet werden, wenn dies von ihr beantragt wird. Ein solcher Antrag ist von der größten der hiesigen Ortskrankenkassen, nämlich der der vereinigten Fabrik und Gewerbebetriebe gestellt. Ueber den Antrag hat das Königliche Oberversicherungsamt zu entscheiden. Der Magistrat ist aber nicht in der Lage, die Genehmigung des Antrages zu befürworten, weil gerade diese Krankenkasse wiederholt dadurch zu Beschwerden Anlaß gegeben hat, daß sie Krankenhauspflege auch in solchen Fällen nicht hat eintreten lassen, in denen ärztlicherseits eine Behandlung im Krankenhause angeordnet oder gar als dringend notwendig bezeichnet war. Dazu kommt, daß im Falle der Befürwortung und Genehmigung der Ausgestaltung dieser Kasse voraussichtlich die anderen hier bestehenden Ortskrankenkassen zum großen Teil weiterhin als besondere Ortskrankenkassen zugelassen werden müßten, soweit bei ihnen die gesetzlichen Voraussetzungen zutreffen, so daß dann der Zustand der Zersplitterung, der bisher zu mancherlei Unzuträglichkeiten sowohl auf seiten der Arbeitgeber als der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer geführt hat, aufrechterhalten werden würde. Demgegenüber sei anzunehmen, daß bei Errichtung einer neuen allgemeinen Ortskrankenkasse durch die Stadt die Mehrzahl der anderen Ortskrankenkassen wegen Gefährdung der allgemeinen Ortskrankenkasse (Paragraph 242) geschlossen werden würde. Dies zu erreichen müsse im Interesse der Zentralisierung der Krankenkassen nach Möglichkeit angestrebt werden. Dafür spreche auch der Umstand, daß der Gemeindeverband, der eine allgemeine Ortskrankenkasse errichtet, die Satzung für diese Kasse aufzustellen habe und dadurch einen überwiegenden Einfluß auf die Gestaltung nicht allein dieser Satzung, sondern mittelbar auch der Satzungen der anderen etwa zugelassenen besonderen Orts- und Betriebs-Krankenkassen auszuüben in der Lage sei, da die allgemeine Ortskrankenkasse nach Paragraph 261 R.-V.-O. für die Leistungen aller anderen im Bezirk des Versicherungsamts bestehenden Krankenkassen maßgebend ist. Von der Baudeputation ist der Antrag einstimmig befürwortet.

Der Bezirk Schidlitz des Sozialdemokratischen Vereins hielt am 23. Januar im Bürgergarten unter Leitung des Genossen Mertins seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Bartel referierte einleitend über den Vortrags-Zyklus: Entstehung des Weltalls. Redner gab eine Uebersicht der Erklärungen über das Werden und die Entwicklung der Weltkörper und wies die Richtigkeit des Entwicklungsgedankens gegenüber der Schöpfungsbehauptung nach. Zugleich legte er den Wert einer auf klarer Erkenntnis beruhenden Weltanschauung auch für die politische Ueberzeugung dar. Der beifällig aufgenommene Vortrag wurde auch in der Debatte zustimmend gewürdigt.

Genosse Marquard gab dann die Abrechnung für das vierte Quartal 1912, die eine Einnahme von 317,30 Mark feststellte. Am Schluß des Quartals zählte der Bezirk 272 männliche und 99 weibliche, insgesamt also 371 Mitglieder.

Der Bezirksführer, Genosse Mertins, ersuchte um rege Teilnahme an den Diskussionsabenden, die der Bezirk regelmäßig abhält.

Das Krematorium für Danzig genehmigt. Der Regierungspräsident hat die Erlaubnis zur Errichtung einer Feuerbestattungsanlage in Danzig erteilt. Der Bau wird ungefähr 170000 Mark kosten.

Aus Westpreußen.

Elbing. Im Lichtspielhaus Elbing, Fleischer-, Ecke Mauerstraße, finden bei zweimaligem Programmwechsel Vorführungen moderner und interessanter Dramen statt, welche von der Mitinhaberin Lotte Berner, einer bekannten Rezitatorin, packend und begreiflich erläutert werden. Passende Humoresken rezitiert sie in ostpreußischer Mundart, was großen Heiterkeitserfolg erweckt. Das Lichtspielhaus ist mit seinen 300 Sitzplätzen, dem hohen und gut geheizten Theaterraum ein gesunder angenehmer Aufenthalt, der für die Besucher durch die reichhaltigen Notausgänge auch genügende Sicherheit bietet, weil das Theater ein Eckgebäude ist. Die seit kurzem bedeutend verbesserte künstlerische Musik im Lichtspielhaus trägt ebenfalls viel zur Annehmlichkeit bei.

Brösen. Sittlichkeitsvergehen. In diesem Dorfe am Ostseestrande, dem Seebade von Langfuhr, herrscht das Zentrum noch fast unumschränkt. Als kürzlich der Zentrumswahlverein etabliert wurde, gewann er nach der schwarzen Presse sofort über 100 Mitglieder. Das ist, vielleicht hat sich hier auch wieder das schwarze Rechentalent bewährt, eine Zahl, die über die Reichstagswahlberechtigten fast noch hinausgeht. In der Gemeindevertretung ist Zentrum Trumpf. Darin herrscht der klerikale Justizrat und Notar Dobe. Und von Zentrumssittlichkeit trieft der Ort natürlich ganz unsäglich. Vor etwa zwei Jahren liefen schwarze Gemeindevertreter Sturm gegen die — Unsittlichkeit des Freibades! Die fremden Badegäste wurden deshalb unziemlichen Benehmens und der Verletzung der Sittlichkeit in der üblichen klerikalen Art beschuldigt. Das darauf von dem Gemeindevorsteher erlassene Freibadverbot war handgreiflich ungesetzlich und wurde deshalb vom Regierungspräsidenten wieder aufgehoben.

An diese klerikale Sittlichkeitsattacke wird man jetzt sehr lebhaft erinnert. Schon seit geraumer Zeit kursierten im Orte Gerüchte über sittliche Vergehen, die an zahlreichen Schulmädchen begangen sein sollten. Es wurde lebhaft gemunkelt von Vorgängen, wie sie sich einmal in Helgoland abgespielt haben. Volle Aufklärung ist noch nicht erreicht. Nun ist vorläufig der Quarantäne-Aufseher Albrecht aus Neufahrwasser unter der Beschuldigung verhaftet, sich an den Mädchen schon längere Zeit vergangen zu haben.

Das zentrümliche Westpreußische Volksblatt ist durch diese Feststellungen ganz baff geworden. Kein Wort schimpft es über die unsittliche Wirkung der Religionslosigkeit. Er teilt nur ganz kurz die Verhaftung des Albrecht ohne die geringste Bemerkung mit.

Läßt das nicht sehr tief blicken?!

Weichselmünde. In einer stark besuchten Gewerkschaftsversammlung sprach am Sonntag, den 26. Januar, Genosse Lorenz-Danzig, über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. In 1½ stündigem Vortrage entwickelte der Redner in gemeinverständlicher Weise den Anwesenden ein Bild unseres Wirtschaftslebens seit zirka hundert Jahren. Er besprach die wirtschaftlichen Vorgänge während dieser Zeit, die naturnotwendiger Weise den Zusammenschluß der Arbeiter bedingen, sollen dieselben nicht bedingungslos dem profitgierigen Kapitalismus ausgeliefert werden. Der Staat sorge nicht dafür, daß die Arbeiter zu ihrem Menschenrechte gelangen, darum müssen sich die Arbeiter selbst helfen. Dies sei nur zu ermöglichen, indem die Arbeiter bis zum letzten Mann ihren Fachorganisationen angeschlossen seien. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung schloß Redner mit der Aufforderung, daß alle Arbeiter ihre Interessen wahrnehmen müssen, um einmal andere Zustände in unserm Wirtschaftsleben einzuführen. In der sich anschließenden Diskussion, die sich in den Bahnen des Vortrags bewegte, wurden noch verschiedene Fragen erörtert, die zur Erläuterung des Vortrages beitrugen.

Marienburg. Schwarzer Wettstreit. Die Leithammelung der Zentrumsarbeiter in den katholischen sogenanten Arbeitervereinen wird sehr gut gekennzeichnet durch die Schicksale des katholischen Arbeitervereins in Kunzendorf im Kreise Marienburg. Derselbe hat selbstverständlich einen Geistlichen als Vorsitzenden zur Behütung des irdischen und himmlischen Seelenheils. Im September 1912 feierten nun die Danziger „Kölner" einen großen Triumpf, als dieser Verein fast einstimmig und natürlich aus voller Überzeugung seiner Mitglieder, aus dem „Berliner" Verband austrat. Er schloß sich dann der Sterbekasse des Ostdeutschen Verbandes der Kölner Richtung an, die natürlich wieder der Zentumspfarrer Sawatzki in Danzig verwaltet.

Bald darauf wurde das Pfarramt in Kunzendorf neu durch den bisherigen Stuhmer Kaplan Poetsch besetzt. In Stuhm hat aber auch der Bezirkspräses des Berliner Verbandes, Pfarrer Kanigowski, seinen Sitz. Am 27. Dezember sprach dieser in der Generalversammlung des Vereins, den nun sein bisheriger Stuhmer Kollege leitet, zwei Stunden lang über: Die Wahrheit über den Berliner Verband. Das Thema ist schon allein für die Zentrumsbrüderlichkeit bezeichnend. Nach dieser Rede beschloß der Verein, wieder fast einstimmig und natürlich wieder aus voller Überzeugung, den Austritt von den Danziger Kölnern und die Rückkehr zu den Fleischtöpfen Berlins.

Der Berliner „Arbeiter", das Organ der „Berliner", wirft nun seinen Danzig-Kölner Gesinnungsgenossen vor, sie hätten dem Verein nicht das schuldige Sterbegeld gezahlt. Drei Mitglieder seien gestorben und seit Anfang Oktober sei wiederholt in Danzig gemahnt, aber Zahlung bis Mitte Januar noch nicht erfolgt. Gegen diese Beschuldigung erläßt Pfarrer Sawatzki im Westpr. Volksblatt eine sogenannte „Berichtigung". In dieser sagt er, daß die Vereine für gewöhnlich am Quartalsersten den Betrag erhalten, den sie an Sterbegeld über ihren Beitragsanteil hinaus gezahlt haben. Habe der Verein keine Mittel, so könne er das Sterbegeld auch direkt von Danzig

---

Ernte.

Sozialer Roman aus Amerika von E. Dewitt.

(Nachdruck verboten.)

22]

Er sah den Vorgängen einige Minuten lang mit gespanntester Aufmerksamkeit zu. Ein Mann von ausgesprochener Individualität, erregte er, wo immer er sich zeigte, Aufsehen. Er war hochgewachsen und dabei sehr dünn, und seine riesige Nase, wie sein großer, von dünnen, farblosen Lippen eingefaßter Mund verliehen dem Gesicht etwas Raubvogelartiges. Nur wenige Mensch vermochten den sengenden Blick seiner großen, kalten Augen zu ertragen.

„Aha, ich komme auf die Spur — jene fünf Makler, die den Weizen in Posten von fünfzigtausend Büscheln anbieten, handeln nach einem gemeinsamen Plan. In ihrem Spiele steckt Methode. Was? Einhundertundvierzig? Die Sache muß ein Ende nehmen. Wem gehört all dieser Weizen?"

„Fünfzigtausend zu einhundertneununddreißig ein halb!" Lenser preßte den Mund so fest zusammen, daß von den Lippen weiter nichts als eine dünne rote Linie zu sehen war. „Er ist wahnsinnig Er muß einem Tollhause entsprungen sein", zischte Lenser. „Doch halt! Wer ist der junge Mann im Gehrock, der hinter Dodson steht und gerade jetzt zu ihm spricht? Und nun geht Dodson auf hundertneununddreißig herunter! Schnell, sagen Sie es mir, wer ist der junge Mann?"

„Meinen Sie den jungen Mann mit der roten Nelke im Knopfloch? Oh, das ist ja Winston Howard der Sohn des Grundeigentumhändlers, der von seinem Vater zwanzig Millionen erbte", entgegnete Lawson. „Sie wissen doch, der junge Sozialist, dessen Bild die Blätter mit einem drei Spalten langen Artikel brachten und der den Ausspruch getan hat, daß alle Weizenspekulanten ins Zuchthaus gehören. Das ist er, und wie es scheint, bereitet ihm das Fallen der Preise großes Vergnügen!"

Wie eine Eingebung kam es über Lenser. In einem Nu erinnerte er sich einer jeden Einzelheit, die er in den Blättern über den jungen Winston Howard gelesen hatte, und kam zu der Schlußfolgerung, daß sein geheimer Gegner kein anderer als der Herr mit der roten Nelke im Knopfloch an Dodsons Seite war, der ein Vermögen von zwanzig Millionen Dollar hinter sich hatte. War es denkbar, daß es unter den Sozialisten Männer gab, die Geld zum Fortwerfen besaßen?

„Das ist Dodsons Kommis, Brown. Bringen Sie ihn einmal schnell her zu mir. Großer Gott! Hundertachtunddreißig! Ja, der kleine Bursche mit den roten Haaren da ist es, den ich meine — he, sieh da, Brown — schnell kommen Sie einmal her — sagen Sie doch, wem all der Weizen gehört, der auf den Markt gebracht wird. Wer ist der Besitzer? Schnell, heraus mit der Sprache!"

„Das geht Sie einen D . . . an, Lenser!" fuhr ihn der Gefragte grob an. „Schlagen Sie mir gegenüber einen anständigen Ton an, wenn Sie mit mir zu reden haben. Ich bin nicht Ihr Angestellter."

Brown verschwand in der Menge. Lenser wandte sich zornig an Lawson. „Haben Sie die Frechheit vernommen? Noch gestern würde der Unverschämte den Hut vor mir gezogen haben und sich bis auf den Boden verneigt haben, und heute diese Schamlosigkeit! O, die Schurken haben sich verschworen, um mich zu vernichten. Na, wartet nur, ich will euch schon noch zeigen, was eine Harke ist. Passen Sie auf, Lawson! Wir haben heute morgen nur 15 Millionen Dollar bares Geld, kommen aber damit nicht weit, wenn dieser Preissturz hier noch lange fortdauert. Gehen Sie zum alten Swift, sagen Sie ihm, daß er alles Geld auf seine Farmen und sonstiges Besitztum aufnehmen soll, das er nur dafür bekommen kann. Wir müssen hinreichend Geld haben, um den Markt zu halten. Um jeden Preis! Tun wirs nicht, sind wir verloren. Schnell! Ja, die Swiftschen Farmen sind auch für zweite Hypotheken gut."

Wütend an seiner Zigarre kauend, die schon längst ausgegangen war und rücksichtslos von seinen Ellenbogen Gebrauch machend, bahnte sich Lenser einen Weg zu einem seiner Angestellten, dem er etwas zuflüsterte. Als er seinen früheren Stand wieder einnahm, wurden neue Hochrufe auf ihn laut, die aber keineswegs so herzhaft wie beim erstenmal klangen.

„Lenser verkauft aus", schrie ein Börsenbesucher mit lauter Stimme und starrte frech den großen Spekulanten an. Als er dessen Blick drohend auf sich gerichtet fühlte, wiederholte er: Lenser verkauft aus und verrät uns!"

„Das ist eine Lüge, eine verdammte Lüge!" rief Lenser, den der Zorn fast übermannte. Der Mann, dem er die Worte entgegengeschleudert hatte, starrte ihn wiederum beleidigend an und erwiderte schließlich herausfordernd: „Was fällt Ihnen ein, wie kommen Sie mir vor! Niemand hat zu Ihnen gesprochen!"

„Zwanzigtausend zu hundertdreiundfünfzig — fünftausend zu hundertfünfunddreißig — dreitausend zu hundertfünfunddreißig."

„Die kleinen „Bullen" haben die Courage verloren", äußerte sich jemand in Lensers Nähe. „Sie sind es, die jetzt verkaufen, nicht die „Bären", die sich mit solchen Kleinigkeiten nicht mehr abgeben und nur noch fünfzigtausendbüschelweise losschlagen!"

„Ob ich meinen Weizen verkaufen will? Aber ja, nur schnell! Ich kaufte dreiundzwanzigtausend Büschel zu hundertfünfundzwanzig — schnell weg damit — nur schnell weg damit, nur nicht eine Sekunde verlieren!"

Die kleinen Bullen verloren in der Tat eben den Mut.

— — — — — — — — — — — —

Oben in der Galerie beugten sich die Besucher in wilder Erregung weit über die Brüstung und verfolgten mit atemloser Spannung die Entwicklung des Schauspiels unter ihnen. Unter ihnen befand sich auch Wilson mit seiner Tochter Grace. Das Klicken der Telegraphenapparate, das Summen der Drähte, das markerschütternde Geschrei, die leidenschaftliche Bewegung der hin- und herwogenden Menge machten auf beide einen unbeschreiblichen Eindruck. In Wilson regte sich das Kampfblut seiner Vorfahren.

„In Wahrheit ein zweites Moskau — ein Moskau des Weizen-Napoleons — Winston hat wirklich Recht behalten", rief Wilson erregt aus. „Irgend jemand drückt den Preis herunter. Gott, wie sie kämpfen! Weizen auf hundertachtzehn und ich erzielte gestern noch hundertdreiundfünfzig! Und alles haben wir Winston zu verdanken, Grace, ihm und keinem andern."

„Ja", entgegnete sie sanft, „wir verdanken ihm alles."

„Jetzt steht der Preis auf hundertsiebzehn. Wer mag dieser Unbekannte sein, der wie Winston vorher sagte, ein Vermögen in die Schanze schlägt, um den Napoleon des Weizens bis in den Staub zu demütigen?"

„Wer ist Winston?" fragte Grace. „Wer ist Winston, Vater? Sei überzeugt, daß er der Unbekannte ist, der diesen Kampf leitet."

Die Dodson umgebende Menge wich einen Augenblick zur Seite und Grace beugte sich neugierig weit über die Brüstung.

„Schau dorthin, Vater. Siehst du jenen Herrn im grauen Gehrock mit der roten Nelke im Knopfloch? Wer ist es nur? Schnell, gib mir dein Opernglas."

(Fortsetzung folgt.)

erhalten. Daran fügt Sawatzki aber die sehr interessante Bemerkung, daß er schon früher darauf aufmerksam gemacht wurde, daß der Verein nach dem Wechsel des Pfarramtes wieder aus der Sterbekasse austreten werde. „Eine gewisse Reform unsererseits war deshalb wohl angebracht“.

Ob der Verein das Sterbegeld erhalten hat, ist aus dieser originellen „Berichtigung“ gewiß nicht zu ersehen. Die Schlußbemerkung scheint vielmehr eine volle Bestätigung der Behauptung der Berliner, daß es nicht gezahlt ist.

Marienburg. Vor dem Schöffengericht hatten sich am Donnerstag voriger Woche der Landarbeiter Schmidt aus Schönwiese und der Arbeiter Hoffmann aus Altfelde wegen Körperverletzung zu verantworten. Die beiden hatten sich in Altfelde an dem Maurer Toms vergriffen und ihn mißhandelt. Schmidt hatte ihn obendrein mit dem Messer bearbeitet. Der Grund hierzu lag darin, daß Toms ein dem Arbeiter Janzen gehöriges Fahrrad weggenommen hatte. Schmidt erhielt 6 Monate Gefängnis und sein Komplize 60 Mark Geldstrafe.

Marienburg. Polizeilich geschlossen wegen Feuergefährlichkeit wurde das Kinematographentheater des Herrn Schmubl. Eine amtliche Kommission hatte kürzlich alle Theatersäle unserer Stadt inspiziert und dabei gefunden, daß das genannte Lichtbildtheater neben kleinen Mängeln vor allem bei Feuersgefahr für das Publikum und die den Apparat bedienenden Personen zu wenig Notausgänge besitze.

Schwetz. Der Landrat von Halem hat bis heute noch nichts gegen die Veröffentlichungen über die Art, wie er auch im Dezember „gewählt“ wurde, zu sagen gewußt. Dagegen hat er eine vertrauliche Sitzung seines angeblich deutschen Wahlausschusses einberufen, um sich von diesem (!) bestätigen zu lassen, daß er und der Ausschuß ganz korrekt gehandelt habe. Dieses Verfahren bestätigt vollkommen, was der Reichstag über die Tätigkeit der Halemiten festgestellt und geurteilt hat. Ueber den Mut, der zu diesem Verfahren gehört, braucht man sich also nicht mehr zu wundern. Wer auf das Urteil einer Instanz, die selbst angeklagt ist, überhaupt noch Wert legt, hat wirklich auf die neidlose Bewunderung seiner Zeitgenossen Anspruch.

Erstaunlich ist dabei aber doch die Art, in der von Halem sich nach dem Bericht der Danziger Neuesten Nachrichten über diejenigen zu äußern wagte, die eine wirklich freie Ausübung des Reichstagswahlrechtes forderten. Nach dem gesinnungslos hakatistischen Blatte soll der neuadlige Landrat [illegible] von den schmutzigen Angriffen der sozialdemokratischen und polnischen Presse gesprochen haben, auf die er nicht eingehe.

Das ist zwar reichlich überhebend, aber keineswegs klug, und schon ganz und gar nicht beweiskräftig. Zudem ist der Ausdruck schmutzig eine sehr schwere Beleidigung, die ein Gesetzeshüter in der Lage des Landrats von Halem unter allen Umständen schon aus Vorsicht unterlassen sollte. Sachlich kann uns dieses unschöne Wort nicht treffen. Wir haben die Vorgänge in Schwetz nach gerichtlichen Feststellungen, den Feststellungen des Deutschen Reichstages und den Veröffentlichungen des Halemschen Wahlausschusses geschildert. Wir haben im Namen der Gerechtigkeit die Kassierung des [illegible] gefordert! Und das soll schmutzig sein?! Oder sollte das [illegible] Wort unter einer [illegible] Adresse gegen den Deutschen Reichstag geschleudert werden?!

Der Wahlausschuß beschloß schließlich einstimmig, daß er [illegible] und Schutzung [illegible] gehandelt hätten und bei wieder folgender Ungültigkeitserklärung der letzten Wahl genau so handeln würden.

Das haben wir auch nicht anders erwartet. Es fällt uns aber sehr auf, daß Herr Dr. Keller an dieser famosen Sitzung nicht teilgenommen hat? Er hat doch öffentlich durch seinen Protest gegen den Wahlausschuß schwere Vorwürfe erhoben und ihm üble Machenschaften nachgesagt. Wenn irgend wer, dann hätte er in dieser Sitzung seinen Protest wiederholen und Rücktritt fordern müssen. Davon ist aber in dem offiziellen Bericht [illegible] aber auch von dem Austritt des Reiters aus dem Ausschuß ist nichts bekannt geworden. Unsere Hochachtung vor [illegible] nationalliberalen Hüter des Deutschtums der Nachbarschaftsmärker [illegible] nach solchen Erfahrungen grenzenlos.

Im übrigen macht der Reichstag dem Schwetzer Spuk hoffentlich recht bald ein Ende.

Thorn. Katholisch-christliche Liebe. Der Parteigenosse Bruno Lewandowski ist am 20. d. M., nachts 2 Uhr, 25 Jahre alt, gestorben. Vor seinem Tode erschien, wie bei den Katholiken üblich, auf Veranlassung der Mutter Lewandowskis der Pfarrer Mansella von der Marienkirche und wollte unserm Freund das Sterbesakrament verabfolgen. Letzterer wies trotz seiner schweren Krankheit (chronische Nierenentzündung) dem Seelsorger die Tür. Erbost über solchen verstockten Sünder, ordnete der gute Hirte an, für den Verstorbenen ein Grab auf dem Kirchhof Thorn-Mocker zu schaufeln, jedoch mehrere hundert Meter von allen übrigen Gräbern entfernt, in einer Ecke am Zaun. Darüber waren alle, die dem Verstorbenen das letzte Ehrengeleit gaben – ungefähr 100 Arbeiter und Arbeiterinnen – empört über solche christliche Anordnung. Aber so wollte es der Vertreter des großen Nazareners, der da predigte: „Liebet Eure Feinde“. Die Freunde des Verstorbenen aber, die ihm das letzte Geleit gaben, wissen, daß der Verblichene der Menschheit mehr gedient hat, als manch frommer Diener in Christo; denn er stand in der vordersten Reihe der Partei- und der Jugendbewegung, auch war er ein treues Mitglied des Metallarbeiterverbandes. Darum ehren wir sein Andenken. – Ein neuer Beweis für die Toleranz des Christentums und für die Liebe, die die christlichen Diener über die mühselig und beladene Menschheit ausstreuen. Nun, wenn unser Freund auch am Zaun in „ungeweihter Erde“ ruht, er wird genau so gut schlummern, als wäre er in einem fürstlichen Mausoleum beigesetzt. Wie lange noch werden sich die Arbeitermassen von den christlichen Dienern bevormunden lassen? Aber für ein solches praktisches Christentum, wie es hier zu Tage tritt, bedanken wir uns.

Durch leichtsinniges Betreten der noch schwachen Eisdecke der Weichsel hat der Musketier Buchstegen von der 10. Kompagnie des Inf.-Regts. Nr. 61 sein Leben eingebüßt. Vor Beginn des Dienstes war er morgens aus der Jakobskaserne, die an der Weichsel liegt, auf das Eis gegangen, um zu sehen, ob dasselbe schon hält. Dabei brach er ein und ertrank.

Aus der Partei.

Die Berliner Genossen zum preußischen Parteitag.

Die Berliner Genossen nahmen in einer Anzahl Parteiversammlungen Stellung zu den Beschlüssen des preußischen Parteitages, insbesondere zur preußischen Wahlrechtsfrage. In allen Versammlungen erklärten sich mit wenigen Ausnahmen die Genossen mit der dort angenommenen Resolution zur Wahlrechtsfrage einverstanden. Einige Genossen verlangten eine schärfere Stellungnahme, einige wieder traten für die Ansichten der Genossen Eisner und Bernstein ein. In einigen Versammlungen wurde bedauert, daß man die Annahme von Doppelmandaten strikte untersagt worden sei. Entsprechende Würdigung fand auch die Wichtigkeit der Gewinnung der Landarbeiter. Alles in allem konnte eine erfreuliche Geschlossenheit über alle Fragen konstatiert werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Die Verhandlungen behufs Abschlusses eines neuen Tarifvertrages für das Baugewerbe wurden am 21. und 22. Januar unter Leitung der drei Unparteiischen, Herren Dr. Prenner, Rath und v. Schulz im Reichstagsgebäude fortgesetzt. Eine Hauptrolle spielte vor allem wiederum die von Arbeitervertretern geforderte Garantieübernahme für eine allgemeine **Lohnerhöhung**. Die Unternehmer glaubten sowohl diesen Vorschlag, als auch die weniger weit gehende Anregung der Unparteiischen, ihren Mitgliedern eine allgemeine Lohnerhöhung zu empfehlen, **ablehnen** zu müssen.

Nach weiteren Verhandlungen, wobei die Unternehmer sowie die Arbeitervertreter gegenseitige Erklärungen abgaben, machten die Unparteiischen im Interesse der weiteren Fortführung der Verhandlungen folgende Vorschläge:

1. Es wird der 24. Februar zur weiteren Verhandlung in Aussicht genommen.

2. Die Vertragsparteien verpflichten sich, bis zum 15. Februar ihre Anträge zum Hauptvertrage und zum Vertragsmuster jedem Unparteiischen ausschließlich zu dessen persönlicher Kenntnisnahme einzureichen.

3. Am 24. Februar soll im Verfolg der eingereichten Anträge über den Hauptvertrag und das Vertragsmuster beraten und hierüber tunlichst eine Einigung erstrebt werden. Zugleich soll über die Zubilligung einer Lohnerhöhung verhandelt werden. Zur Schaffung einer geeigneten Grundlage für diese Verhandlungen wird dem Arbeitgeberbund nahegelegt, nach erneuter Fühlungnahme mit seinen Mitgliedern inzwischen in eine nochmalige Prüfung dieser Frage einzutreten.

4. Nach Erledigung dieser Fragen haben die örtlichen bezw. Bezirksverbände über die im Vertragsmuster offen gelassenen Punkte zu verhandeln und ernstlich eine Einigung zu erstreben.

Nach kurzer Beratung erklärten sich beide Parteien damit einverstanden.

Schiffs-Nachrichten.

Neufahrwasser, 25. Januar.

Gesegelt: Diana, Schwartz, Dover, Getreide. – Lina, Beutel, Stettin, Güter. – Progreß Ahlund, Libau, Restlad, Güter. – Karlsruhe, Darmer, Rotterdam via Stolpmünde, Getreide. – Georg Johansson, Königsberg, leer.

Vom 26. Januar.

Angekommen: Pax, de Wall, Rotterdam, Güter.
Gesegelt: Herma, Krützfeldt, Hamburg, Güter.

Letzte Nachrichten.

Die Balkanwirren.

Die Balkanfrage scheint wieder einmal auf einem toten Punkte angelangt zu sein. Die Großmächte und auch die Balkanstaaten scheinen der Wendung der Dinge in Konstantinopel Rechnung zu tragen und werden erst die Stellungnahme der neuen türkischen Regierung abwarten, ehe sie entscheidende Schritte tun. Hierzu bemerkt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung:

„Soweit die neuen Ereignisse in Konstantinopel von der europäischen Presse mit Ernst und Einsicht gewürdigt werden, tritt überall der Gedanke hervor, das Wichtigste für die weitere Behandlung der Orientwirren sei die Bewahrung der Einigkeit unter den Großmächten und die Fortsetzung ihrer gemeinsamen Arbeit zur Wiederherstellung des Friedens. Dazu gehört vor allem das Festhalten an der bisher beobachteten Neutralität. Tatsächlich besteht kein Grund zu der Annahme, daß einzelne Mächte dies Konzert verlassen wollen, um in die Entwicklung der Dinge im Orient nach eigenem Ermessen einzugreifen.“

Wie aus London gemeldet wird, haben die Delegierten der Balkanstaaten beschlossen, die Verhandlungen sofort abzubrechen, wenn bis Montag abend keine Antwort der Türkei auf die Kollektivnote der Großmächte eingelaufen sei. Die Delegierten werden jedoch London nicht verlassen. Sollte am Montag der Abbruch der Verhandlungen erfolgen, so werden wahrscheinlich die Feindseligkeiten nächste Woche wieder beginnen. Es steht also demnach ein neues Morden bevor.

Die türkische Antwortnote.

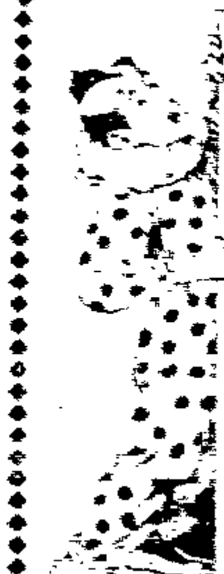
Ein versöhnlicher Ton.

Konstantinopel, 26. Januar.

Der Ministerrat berät über die Antwortnote an die Mächte, die wahrscheinlich nach der endgültigen Ernennung eines Ministers des Aeußern überreicht werden wird. Nach einer Erklärung des Großwesirs wird die Note in versöhnlichem Tone gehalten sein, da die türkische Regierung wünscht, den Kontakt mit den Großmächten aufrechtzuerhalten und weiter mit ihnen zu verhandeln.

Konstantinopel, 26. Januar.

Hakki Pascha hat das Portefeuille des Aeußern zurückgewiesen. Prinz Said Halim soll bereit sein, es zu übernehmen. Seine Ernennung wird heute der Sanktion des Sultans unterbreitet werden.



Freie Turnerschaft Danzig.

Maskenball

Das Komitee

Sozialdem. Verein Danzig-Stadt. 5. Bezirk (Langf.)

Vertrauensmännersitzung

am Donnerstag, den 30. Januar, abends 8 Uhr [illegible]

Der Bezirksführer.

Künstliche Zähne. Plomben etc.

M. Henning.

Central-Theater

Elbings grösster u. schönster Kino

Nur Brückstrasse 15.

Wir bringen in unserm diesmaligen Programm wieder einen Aufsehen erregenden

Schlager

Auch die übrigen Sujets sind durchaus erstklassig. Speziell bringen wir in letzter Zeit Bilder, die Arbeiterkreise besonders ansprechen.

Die Direktion.

Extra billige Preise in der **Lebensmittel-Abteilung!**

Streuzucker	Pfd. 18 ₰	Margarine, täglich frisch	Pfd. 60, 70, 80 ₰
Bestes Schweineschmalz	Pfd. 62 ₰	Apfelschnitte	Pfd. 45 ₰
Kartoffelmehl	Pfd. 18 ₰	Pfirsiche	Pfd. 48 ₰
Haferflocken	Pfd. 18 ₰	Aprikosen	Pfd. 58 ₰
Bohnen	Pfd. 16 ₰	Rosinen	Pfd. 45 ₰
Reis	Pfd. 18, 21 ₰	Sultaninen	Pfd. 55 ₰
Erbsen	Pfd. 16 ₰	Puddingpulver	Pack 5 ₰
Linsen	Pfd. 19 ₰	Bouillonwürfel	Stück 2 ₰
Gebrannte Gerste	Pfd. 16 ₰	Seifenpulver	Pack 20, 8 ₰
Kunsthonig	Pfd. 25 ₰	Oranienburger Seife	Pfd. 22 ₰
Kirschmarmelade	Pfd. 20 ₰	Waschblau	4 Pack 10 ₰
Kaffeeschrot	Pack 18. 8 ₰	Kronenkerzen	Pack 35 ₰
Apfelsinen	Stück 4, 3, 2 ₰	Lauchen	Dtzd. 12 ₰

1 Gelegenheitsposten halbhohe Damenschuhe jedes Paar 1.95 ℳ

1 Gelegenheitsposten hohe Damenstiefel jedes Paar 3.00 ℳ

Eine Partie **Gummischuhe** Kinder Paar nur 1.25 ℳ, 95 ₰ | Damen Paar nur 1.75 ℳ | Herren Paar nur 2.50, 1.75 ℳ

Ballschuhe weiß und schwarz Paar nur 2.95, 2.25 ℳ; Lackleder, verschiedene Formen Paar 4.95 ℳ

S. Böttcher, Langgasse 69.

Verlangen Sie

Artus 2 Pfg.

Rudolf Niemierski Söhne

Telephon 3117. Danzig. Telephon 3117.

Billige Hut-Tage.

Huthaus London

II. Damm 10.

Schmiede a. d. Heeresstr. z. Z. d. Ordensritter begründ., Brotstelle, 2 Feuer, 5 Ges., anfäng. Kraft 5, nur 6000 ℳ Anz. z. verk. Off. u. K. Z. a. d. Exp.

Tagnetergasse 3, 1 Wohn. zu verm., Stube, Küche, Keller. Preis 14,50.

1 Zimmer zu vermieten mit und ohne Möbel Tagnetergasse 3.

Junge Leute, die in Arbeit stehen, können sich in Kost u. Logis meld. Tagnetergasse 3.

2 junge Leute finden gute **Schlafstelle** m. Kaffee Tischlergasse 50, 2 Tr.

Friseur

Walter Schreiber, Tischlergasse 27.

Rohr-Stühle

werden dauerhaft eingeflochten bei Eckhardt, Schidlitz, Weinbergstraße 26, Hinterhaus.

Bekanntmachung.

Die Frist für die **Anmeldung von Fernsprechanschlüssen zum 1. Bauabschnitt 1913 (Frühjahr und Sommer) läuft mit dem 1. März ab.** Sollten nach diesem Zeitpunkte noch Anschlüsse beantragt werden, so kann auf deren Herstellung im Laufe des ersten Bauabschnitts mit Sicherheit nicht mehr gerechnet werden. Anträge auf Anschließung an das allgemeine Fernsprechnetz nehmen sämtliche Post- und Telegraphenanstalten entgegen.

Danzig, 21. Januar 1913.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.